



BdV-NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt des Bundes der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften · Landesverband Baden-Württemberg · Schloßstr. 92 · 70176 Stuttgart

68. Jahrgang

Stuttgart, März/April/Mai 2021 · Nr. 1

Jahresbilanz 2020 des Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler Minister Thomas Strobl: „Ich bewundere, wie kreativ die Vertriebenen und Spätaussiedler in dieser schwierigen Zeit ihre Gemeinschaft gelebt haben“

„2020 war ein merkwürdiges Jahr, ein Jahr, das ganz anders verlief als erwartet und das uns in vielen Bereichen vor neue Herausforderungen gestellt hat. Geplant war ein Jahr mit vielen geselligen Treffen und Veranstaltungen zur Pflege und Weitergabe der kulturellen Traditionen – wie in den Vorjahren auch. Wir mussten stattdessen Verzicht üben und konnten Vertrautes nicht wie gewohnt leben. Großartig finde ich, wie die Verbände angesichts der Pandemie neue Formate der Begegnung kennengelernt und eingesetzt haben“, sagte der Stv. Ministerpräsident, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration und Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler Thomas Strobl im Rückblick auf das Jahr 2020.

„Ich denke an Beratungen und Kulturtagungen über Videoplattformen oder Videostatements zum Chartatag. Auch zum Weihnachtsfest haben sich die Verbände via Video an ihre Landsleute gewandt und so – trotz Corona – Begegnung ermöglicht. Nicht vergessen möchte ich die vom BdV-Landesverband in kleinem Rahmen durchgeführte Gedenkveranstaltung zum 20. Juni am Vertriebenenendenkmal in Bad Cannstatt, die vom BdV-Landesverband live im Internet übertragen wurde. Wer hätte sich das vor einem Jahr vorgestellt?“, erklärte Minister Thomas Strobl.

„Für die Vertriebenen und Spätaussiedler und uns alle war 2020 ein ganz besonderes Jahr mit einem ganz besonderen Höhepunkt – die 70. Wiederkehr des Tages, an dem in Bad Cannstatt die Charta der deutschen Heimatvertriebenen beschlossen wurde. Glücklicherweise konnten wir das 70-jährige Jubiläum nachträglich im September in einem festlichen Rahmen bei der Veranstaltung zum Tag der Heimat in der Liederhalle in Stuttgart würdigen. Seinerzeit hatten die Heimatvertriebenen ihre berechtigten Wünsche nach einer

besseren Eingliederung in die deutsche Gesellschaft und gerechteren Lastenverteilung mit der Zusage verknüpft, sich beim Wiederaufbau in Frieden und Freiheit voll und ganz einzubringen. Diese Zusage haben die Heimatvertriebenen wahrhaft vorbildlich erfüllt. Mit dem expliziten Verzicht auf Rache und Vergeltung gehören die Heimatvertriebenen auch zu den Vorreitern der europäischen Einigung, insbesondere mit Blick auf unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn“, so der Innenminister Thomas Strobl.

Fortsetzung aus Seite 2



70 Jahre BdV-Remshalden (siehe Bericht Seite 24)

Fortsetzung von Seite 1 Jahresbilanz

„Für das Jahr 2021 können mit zusätzlichen Landesmitteln auch einige größere Investitionsmaßnahmen durchgeführt werden: die Aktualisierung der Dauerausstellung im Donaueschinger Zentralmuseum in Ulm, die voraussichtlich im kommenden November neu eröffnet werden kann, die derzeit bereits laufende Sanierung des Hauses der Russlanddeutschen in Stuttgart und die Sanierung des Hauses der Donaueschwaben in Sindelfingen, für die ab dem kommenden Jahr Mittel zur Verfügung stehen. Ich freue mich, dass wir zum Erhalt und zur Pflege der Kultur der Vertriebenen und Spätaussiedler einen guten Beitrag leisten konnten und können“, betonte der Stv. Ministerpräsident, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration und Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler Thomas Strobl.

Lob der Deutschen Sprachwelt für klare Meinung der Kultusministerin bei Schreibrift und Genderei

Ein weitaus besseres und glaubwürdiges Bild bietet hier Kretschmanns Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU). Sie hat sich erstens für die Erhaltung der Schreibrift eingesetzt. Sie hat zweitens nicht nur im Schuljahr 2018/19 den Rechtsschreibunterricht durch einen „Rechtsschreibrahmen“ gestärkt, sondern auch in der Rechtsschreibdiskussion ihrem Chef deutlich widersprochen: „Ich bin der Ansicht, daß wir vielmehr wieder ein deutliches Bekenntnis zur



Unser Bild zeigt die Ministerin anlässlich des Tages der Heimat 2019

WIR KÜMMERN UNS UM VERTRIEBENE UND SPÄTAUSSIEDLER

Aus dem Wahlprogramm der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021

In den Südwesten kamen nach dem Zweiten Weltkrieg eineinhalb Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge. Für diese Menschen war es eine Herausforderung, sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden und das Erlittene zu verarbeiten. Sie haben viel investiert, um sich eine neue Existenz aufzubauen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Wir halten es deshalb für notwendig, dass auch bei uns in Baden-Württemberg ein landesweiter Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung wie in Hessen, Bayern und Sachsen eingeführt wird. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge im Bewusstsein zu halten und auf das bestehende Leid in der Welt, auf Flucht, Vertreibung und Völkerrechtsverbrechen hinzuweisen. Heimatvertriebene und Aussiedler sind mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für Baden-Württemberg. Ihr kulturelles Erbe ist heute ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. In den CDU-geführten Landesregierungen Baden-Württembergs hatten die Heimatvertriebenen und Aussiedler immer einen festen Ansprechpartner. Daran anknüpfend werden wir einen Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler berufen.

Rechtsschreibung brauchen, gerade im medialen Zeitalter.“ Es gehe darum, „wieder eine bewußtere Haltung gegenüber Rechtsschreibung“ aufzubauen.

Und drittens hat Eisenmann auch zur Frage der Stuttgarter Genderei eine klare Meinung: „Wir haben große wirtschaftspolitische Herausforderungen, bei uns geht es um Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wenn dann das Gender-Sternchen oder die Anrede so im Mittelpunkt stehen, kann ich das nicht nachvollziehen.“ Damit steht es für Eisenmann nicht nur 3:1 im Sprachwettbewerb; man nimmt ihr auch ab, daß sie nicht nur aus reiner Bequemlichkeit, sondern auch aus inhaltlichen Gründen für eine klare und verständliche Sprache eintritt. Kretschmann hat freilich noch bis zur Landtagswahl am 14. März 2021 Gelegenheit, sein Ergebnis zu verbessern. Die Zuschauer dürfen gespannt sein, natürlich auch die Zuschauerinnen - ohne Pause vor „innen“: Wer schießt das nächste Tor?

*Auszug aus: Deutsche Sprachwelt
Ausgabe 81 Herbst 2020*

„Was uns verbindet, hat Bestand“

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius

„Mit wohlgesetzten Akzenten ist es uns im Jahr 2020 unter Einhaltung der restriktiven Bedingungen trotzdem gelungen, die Anliegen unserer Verbände – die Verankerung unseres Schicksals,



unserer Geschichte und unserer Kultur im gesamtdeutschen historischen Gedächtnis – weiter zu verfolgen“, betont der BdV-Präsident. Unter anderem erinnerte er an die Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des „Grundgesetzes“ der deutschen Heimatvertriebenen am Charta-Mahnmal im Kurpark von Bad Cannstatt am 5. August und die Präsentation des Jubiläumsfilms „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ sowie an die symbolische Aushändigung der letzten Bescheide für die Anerkennungsleistung an zivile deutsche Zwangsarbeiter durch das Bundesverwaltungsamt am 15. September 2020. Die Anerkennungsleistung sei überwiegend positiv empfunden worden, zumal es für die Betroffenen wichtig gewesen sei, „dass ihr Schicksal seit dieser symbolischen Geste nun endlich auch offiziell als unrecht eingeordnet und anerkannt wird.“

„Was uns verbindet, hat Bestand“, erklärt Fabritius im Hinblick auf die Zeitlosigkeit der Anliegen des BdV und der von ihm vertretenen Bevölkerungsgruppen. So seien z.B. die Russlanddeutschen für die 1941 schuldlos erlittene Verbannung und Deportation noch immer nicht vollständig rehabilitiert worden. Dies werde ein Schwerpunktthema im Jahr 2021 sein, wo der Tag der Hei-

mat für den 28. August geplant werde – den Jahrestag des sogenannten Stalin-Erlasses.

„Es wird im neuen Jahr unsere Aufgabe sein, uns aus der solidarisch erduldeten wieder in

eine optimistische, anpackende, gestaltende Gemütslage zu versetzen“, sagte der BdV-Präsident und rief die Vertriebenenverbände samt ihren zahlreichen Untergliederungen auf, Sitzungen, Versammlungen und Treffen für dieses Jahr zu planen, in der Hoffnung, dass die Lähmung weichen werde, „zu der wir alle trotz hoher Kreativität bei Nutzung neuer Kommunikationswege und Innovationsoffenheit gezwungen waren und immer noch sind“.

Eine gesamteuropäische Aufgabe

Der Deutsche Bundestag fordert umfassenden Schutz traditioneller Minderheiten in Europa

Einstimmig nahm der Deutsche Bundestag am 27. November 2020 einen Antrag der Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD an, mit dem er die Bundesregierung auffordert, sich mit den Inhalten der Europäischen Bürgerinitiative Minority Safe-Pack (MSPI) zu befassen, unabhängig von Entscheidungen der EU-Kommission Verbesserungen im Geiste der MSPI-Forderungen auf europäischer Ebene zu befördern und diese zu einem Anliegen Europas zu machen.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Professor Bernd Fabritius, begrüßt diesen Beschluß des Bundestages: Daß sich der Deutsche Bundestag mit einem derart starken Signal für die Stärkung von Minderheitenrechten in ganz Europa einsetze, sei erfreulich. „Die Europäische Bürgerinitiative Minority Safe-Pack hat dank mehr als einer Million Unterschriften ein deutliches Signal für die hohe Bedeutung eines effektiven Minderheitenschutzes gesetzt, dem mehr Aufmerksamkeit gebührt und der

auch in solchen Mitgliedstaaten zu stärken ist, die bestehende Abkommen des Europarats bisher nicht ratifiziert haben.“

Die Bürgerinitiative MSPI wurde von der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) koordiniert. Sie ist der größte Dachverband der autochthonen nationalen Minderheiten, Nationalitäten und Sprachgemeinschaften Europas. Unter ihrem Dach vereint sie derzeit mehr als hundert Mitgliedsorganisationen aus 35 europäischen Ländern.

Die deutschen Minderheiten in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sind in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) vertreten. Ziel des Dachverbandes ist eine Gemeinschaft zur gegenseitigen Unterstützung, die die Interessen der europäischen Minderheiten auf regionaler, nationaler und insbesondere europäischer Ebene vertritt.

Hf

Auszug aus Sudetendeutsche Zeitung 4.12.2020

Barbarisch, geschichtswidrig, rassistisch 1944 bis 1952 – frühe Stimmen gegen die Vertreibung: Vergebliche Versuche, die Katastrophe rückgängig zu machen

Vor einem Dreivierteljahrhundert war schon vor der Konferenz von Potsdam die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland, das die „Großen Drei“ den Polen (und mit dem nördlichen Ostpreußen den Russen) überlassen hatten, aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei eine beschlossene Sache. Millionen von Deutschen bangte vor dem Verlust ihrer Heimat, Hunderttausende waren bereits von der wilden Vertreibung betroffen. In seiner Rede vor dem amerikanischen Senat am 1. Februar 1946 bestätigte der amerikanische Senator William Langer, daß der Leiter des Kriegsinformationsamtes der USA, Elmar Davis, im Sommer 1945 alles getan habe, um Nachrichten über die Vertreibung der Deutschen nicht in amerikanische Medien gelangen zu lassen.

Berufen konnte er sich dabei auf die seinem Amt im Krieg erteilte Zensurermächtigung, die er mißbrauchte, um Berichte über die Vertreibungen der Deutschen im Osten zu verhindern. Erst nach der Konferenz von Potsdam fiel diese Mauer des Schweigens, als das Nachrichtenmagazin „Time“ erstmals über die

Austreibungen berichtete.

Am 26. August 1945 veröffentlichte die „New York Times“ eine Zusage von Alexander Lipsett, in der dieser die „größte Massenwanderung in der Geschichte der Menschheit“ verurteilte und dabei den vatikanamtlichen „Osservatore Romano“ zitierte, der zur Konferenz von Potsdam geschrieben hatte: „Es ist gegen die Menschenrechte, Millionen über Millionen von Menschen aus ihren Heimstätten, ihren Kirchen, von ihren Friedhöfen und von dem Boden zu vertreiben, der durch die Arbeit ihrer Vorväter urbar gemacht wurde. Es war gestern ein Unrecht, und es ist heute ungerecht und unedel.“

Es war vor allem Papst Pius XII., der damals nach dem Krieg die Vertreibung in Ostmitteleuropa entschieden verurteilte und sich nachdrücklich gegen das dabei angewandte Prinzip der Kollektivschuld aller Deutschen wandte. So erklärte der Papst, der schon während des Krieges die bekannt gewordenen Vertreibungspläne verurteilt hatte, in seiner Weihnachtsansprache 1945 über Radio Vatikan: „Wer Sühne für

Schuld verlangt durch gerechte Bestrafung der Verbrecher nach dem Maße der Verbrechen, muß peinlich darauf achten, daß er nicht das gleiche tut, was er den anderen als Schuld oder Verbrechen vorhält. Wer Wiedergutmachung will, muß sie fordern aufgrund der Sittenordnung, der Achtung vor den unverletzlichen Naturrechten, die auch jenen noch bleiben, die sich dem Sieger bedingungslos ergeben haben.“

Die katholischen Bischöfe der USA erklärten damals: „In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Aufgrund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von Deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Europa ansässig waren von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderungen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibungen... Das ist



Fürsprecher der deutschen Heimatvertriebenen: Papst Pius XII. (1876-1958), der deutsch-amerikanische Erzbischof und Kardinal Alois Münch (1889-1962), dessen Vater aus Sankt Katharina im Kreis Markt Eisenstein stammte, und Don Luigi Sturzo (1871-1959).

nicht der Weg, auf dem man Frieden schafft und die Völker zur Einheit und Zusammenarbeit zusammenführt...“

Der Bischof von Fargo, Monsignore Alois Münch, den Papst Pius XII. als seinen persönlichen Vertreter für Deutschland nach Kronberg im Taunus geschickt hatte, forderte die Gläubigen seiner Diözese und die amerikanische Öffentlichkeit auf, gegen die Vertreibungsbeschlüsse zu protestieren. „Was habt ihr getan?“ schreibt er im Hirtenbrief vom 30. März 1947, „um gegen die teuflische Maßnahme der zwangsweisen Deportation von Menschen aus ihrer Heimat zu protestieren, die unter so not- und leidensvollen Begleitumständen erfolgte, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel sind?“

Während der Diskussion um die gewaltsame Umsiedlung der Ostdeutschen gab es außer einigen Kirchenmännern im Ausland auch Politiker, die schon bei ihrem Bekanntwerden während des Zweiten Weltkrieges die alliierten Vertreibungspläne verurteilten. Zu ihnen gehört Don Luigi Sturzo, der 1871 in Caltagirone geborene italienische Politiker und katholische Priester, der 1919 mit Alcide De Gasperi Begründer der Italienischen Volkspartei war. Als entschiedener Gegner des faschistischen Regimes Benito Mussolinis emigrierte er zunächst nach England und 1940 in die USA.

Bereits im Dezember 1944, als er als Gegner Mussolinis im Exil in Amerika leben mußte, verurteilte er öffentlich die geplante Massenaus-treibung der Ostdeutschen aus ihrer

Heimat als dem Naturrecht widersprechend. Als katholischer Priester warnte er offen die katholischen Polen davor, die Vertreibungen durchzuführen. Sein offener Brief dazu an Winston Churchill vom 19. Dezember 1944 wurde in der Zeitschrift „America“ veröffentlicht.

Churchill, dessen Schulden 1938 von Edvard Benes bezahlt wurden, wodurch Churchill vor dem Bankrott seines Privatvermögens gerettet wurde, hatte zwar am 15. Dezember 1944 im Unterhaus von der Umsiedlung von zehn Millionen Deutschen gesprochen, wenn die neue polnische Grenze nach dem Krieg gezogen würde.

Don Sturzo wies in seinem Brief darauf hin, daß sich Churchill auf die „erfolgreiche“ Umsiedlung der Griechen in Kleinasien berufen habe, und nennt eine solche Politik barbarisch, geschichtswidrig und rassistisch. Einer solchen Politik stellt er das Beispiel der Schweiz gegenüber: „Die Schweiz inmitten des europäischen Kontinents beweist, wie drei Rassen und drei verschiedene Sprachen (vier mit der rätoromanischen) in Gleichheit und Freiheit zusammen leben können.“

Der italienische Politiker blieb dieser Auffassung treu, denn 1951 erinnerte Don Sturzo in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Internationalen Kongresses Katholischer Publizisten an seine Initiative während des Weltkrieges: „Der Zentralpunkt der Kritik an Churchill bezieht sich darauf, daß eine Zwangsdeportation der Bevölkerung dem Naturrecht widerspricht, das Recht der menschlichen Persönlichkeit verletzt, nicht nur einen barbarischen Akt, sondern ein wirkliches und unleugbares Verbrechen darstellt und dessen unwürdig ist, der sie ins Werk setzt und der davon profitiert. Wenn ich Pole wäre, würde ich dem polnischen

Volke vorschlagen, ein solches Danaergeschenk nicht anzunehmen.“

Obwohl Winston Churchill schon seit 1943 den Plänen der polnischen und tschechoslowakischen Exilregierung zustimmte, nach dem Krieg Millionen von Ost- und Sudetendeutschen zu vertreiben, und obgleich Großbritannien als einer der „Großen Drei“ dies in Potsdam auch bestätigte, gab es in britischen Kreisen zahlreiche Proteste gegen die Vertreibung. Den Kriegspremier Churchill konnte man hier ebenfalls nennen, denn während der Konferenz von Potsdam saß er bereits auf der Londoner Oppositionsbank. Churchill, dessen Schulden

1938 von Edvard Benes bezahlt wurden, wodurch Churchill vor dem Bankrott seines Privatvermögens gerettet wurde, hatte zwar am 15. Dezember 1944 im Unterhaus von der Umsiedlung von zehn Millionen Deutschen gesprochen, wenn die neue polnische Grenze nach dem Krieg gezogen würde. Doch nach der Konferenz von Potsdam nannte er die Vertreibung am 16. August 1945 ebenfalls im Unterhaus eine „Tragödie von unvorstellbarem Ausmaß“ und lehnte die Verantwortung dafür ab. Im sechsten Band seiner Kriegserinnerungen „The Second World War“ schreibt er sich sogar „tiefgehende Gewissensbedenken“ zu.

Am 10. August 1945 schilderte die Londoner „Times“ erstmals der britischen Öffentlichkeit die Zustände bei der wilden Vertreibung, den Hunger und das Sterben von Frauen und Kindern, die Willkür der Sieger. Einen Tag später stellte der „Economist“ fest: „Am Ende eines gewaltigen Krieges, der durchgekämpft wurde, um den Hitlerismus zu vernichten, machen die Alliierten einen Hitlerfrieden. Das ist der wahre Maßstab ihres Versagens.“

Rolf Grulich

Auszug aus Sudetendeutsche Zeitung 15.1.2021

Eine Tragödie mitten in Europa

Der deutsch-französische Kultursender ARTE hat Mitte November der sudetendeutsch-tschechischen Tragödie zwei Folgen im Abendprogramm gewidmet: eine filmische Erinnerung an das, was vor einem Dreivierteljahrhundert geschehen ist und bis heute die Verständigung erschwert.

Trotz mancher Schwächen ein informativer Beitrag zum großen Erinnerungsjahr 2020. Die Dokumentation „Vertreibung Odsun – Das Sudetenland“ bemühe sich erstmals um eine gemeinsame „Aufarbeitung der Geschichte im Sinne einer europäischen Erinnerungskultur“, verkündete die Presseabteilung des Senders. Da hatte sie Recht. Man ließ Zeitzeugen zu Wort kommen und tauchte tief ein in die Historie. Die Prager Bürgerinitiative „Antikomplex“ wagte sogar eine kritische Reflexion der – wenig ruhmreichen tschechischen Nachkriegsgeschichte. Wann hatte es das schon mal auf solche Weise im Fernsehen gegeben? Von der ARTE-Presseabteilung wurden die Redaktionen der TV-Zeitschriften allerdings mit Vorab-Texten versorgt, die auf Sudetendeutsche

verstörend wirken mussten. Die Vorgeschichte des Konflikts in der Mitte Europas wurde (wieder einmal) plakativ auf die NS-Herrschaft reduziert. Allein die pauschale These, dass die Volksgruppen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien „jahrhundertlang als Nachbarn friedlich zusammenlebten“, wäre einer kritischen Betrachtung wert gewesen. Dass Sie weitgehend ausblieb, ist nicht das einzig Verstörende. Man ließ, wie es heute üblich geworden ist, das Drama mit dem Jahr 1938, dem Münchner Abkommen und dem Einmarsch der Wehrmacht, beginnen. Als ob es die lange Vorgeschichte des Konflikts nicht gegeben hätte: die gebrochenen tschechischen Versprechen, aus der 1918/19 entstandenen Republik eine Art höhere Schweiz zu machen, die den Nationalitäten genuine Rechte einräumt: die Täuschungen der Weltkriegssieger bei den Friedensverhandlungen: die Benachteiligungen deutscher Parteien bei Wahlen etc.; die wenig sensible Sprachenpolitik und die Verdrängung des Sudetendeutschen Beamtentums;

die sozialen Verwerfungen in den Industrieregionen – überhaupt die Fehler und Mängel bei der Konstruktion des tschechoslowakischen Staatsgebildes. Die Sudetendeutschen sind, was ihre leidvolle Geschichte betrifft, in der Vergangenheit von den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten des Öfteren vor den Kopf gestoßen worden – vor allem in Deutschland. Die ARTE-Dokumentation gab wenigstens einen Anstoß zum Nachdenken über ein leidvolles Kapitel europäischer Geschichte und dafür sollte man dankbar sein.

Gernot Facius

„Sudetenpost“ Folge 12/2020



1950 Ankunft vertriebener Sudetendeutscher
Foto: ICRC Archiv

Urteil eines tschechischen Publizisten 1938 – die vertane Chance

Man kann heute eine Wette darauf abschließen: Kommt unter Politikern und Publizisten die Rede auf das sudetendeutsch-tschechische Drama, fällt bald das Wort „München“. Die Vorgeschichte des Auseinanderlebens von Deutschen und Tschechen wird ausgeblendet. Kaum zur Sprache kommt die vertane Chance eines Zusammenlebens in den Jahren 1918/19.

„Diese Chance war da“, schrieb jetzt der Publizist Vilem Barak in der auflagenstarken Zeitung „Mlada fronta Dnes“. Er verhehlte nicht, dass ihm die ewigen Debatten über die Ereignisse 1938 auf die Nerven gehen.

Warum? Weil nach Weltkriegsende Tomas G. Masaryk und Edvard Benes eine „einmalige“ Chance hatten, den Sprach- und Kulturkampf zwischen Tschechen und Deutschen durch eine seriöse Politik des Ausgleichs zu beenden. Die Chance wurde vertan. Das Versprechen, eine Art „Überschweiz“ zu schaffen, erwies sich als Makulatur. „Die reale Politik der ersten tschechoslowakischen Regierungen basierte (aber) auf dem Prinzip „Wessen Staat, dessen Sprache und Regierung“, bedauerte der Autor und gab seiner Generation eine Art Nachhilfeunterricht in Geschichte: „Mit dem Ziel, eine überwiegende Mehr-

heit zu bekommen, trieb man die Tschechen und Slowaken in eine künstliche tschechoslowakische Nation hinein.“ Und weiter: „Wenn jemand heute argumentiert, dass man den Deutschen genügend Minderheitsrechte angeboten habe, spricht er nur aus der Position von demjenigen, der höher steht und wohlwollend bewertet; was für denjenigen gut ist, der unten steht. Und so wie die Quellen aus der Zeit sprechen, hat das nur in mancher Richtung der Realität entsprochen. Die Probleme der Tschechoslowakei kamen nicht von außen.“

Karlsbader Zeitung Jan. 2021

Die Einen haben „gelitten“, die Anderen „erfahren“

Die seltsam unterschiedlichen Bewertungen des Bundesaußenministers Maas

Erneutes Schreiben unseres Mitglieds an den Bundesaußenminister

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Maas, mit Schreiben vom 22. Juni 2020 hatte ich mich mit der Frage an Sie gewandt, ob Sie bereit wären, für die Schaffung einer Vertriebenenengedenkstätte in Breslau, Stettin oder Danzig einzutreten. Anlass meines ausführlich begründeten Schreibens war die Errichtung der Berliner Gedenkstätte für die Opfer der deutschen Besetzung in Polen.

In der Antwort Ihres Hauses ist vom „Eindruck einer Gegenüberstellung des Leidens der polnischen Bevölkerung mit den Erfahrungen der Vertriebenen“ die Rede. Aus dieser Formulierung Ihres Hauses ergibt sich die Vermutung, die Leiden der Vertriebenen als Erfahrungen abwerten zu wollen. Aus Gesprächen mit Betroffenen konnte ich entnehmen, dass die Bezeichnung „Erfahrungen“ für die leidvollen Geschehnisse um die Vertreibung als überaus kränkend und verletzend empfunden wird.

Mit dem Wort „Erfahrungen“ werden nach allgemeinem Verständnis meistens angenehme Erkenntnisse oder Erlebnisse verbunden. Landläufig denkt man dabei eher an Reiseerlebnisse oder an berufliche Kenntnisse. Im Übrigen erinnert die Umdeutung von „Leiden“ in „Erfahrungen“ an die Sprachregelung der DDR, die aus der Vertreibung eine außenpolitisch verträgliche Umsiedlung machte.

Es ist nicht hinzunehmen, dass der Verlust von Heimat, Besitz und kultureller Identität sowie der Tod von Hunderttausenden Deutscher bei Flucht und Vertreibung als „Erfahrung“ abgewertet wird. Bundeskanzlerin Merkel hat in ihren Reden nicht nur einmal an das Leid der vertriebenen Deutschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert. Und Bundespräsident Johannes Rau hat in seiner Rede vom 7. Sep-

tember 2003 dafür folgende verständnisvolle Worte gefunden:

„Das Leid der Vertriebenen ist zuallererst persönliches Leid. Auch wenn Millionen gleichzeitig vertrieben werden - die Furcht und den Schmerz, die Trauer, das Heimweh leidet immer der einzelne Mensch, und er muss in seinem Leben mit den Verletzungen und Erinnerungen zurechtkommen“.

Leiden sind somit individuelle Empfindungen, unabhängig von Herkunft oder Nationalität. Ich kann mich nicht entsinnen, dass Reprä-

sentanten der deutschen Politik das Leiden der Vertriebenen aus den früheren deutschen Ostgebieten bisher auf „Erfahrungen“ heruntergestuft haben. Das wäre nicht nur herzlos. Es ließe jedes Mitgefühl vermissen.

Ich frage Sie daher, sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, ob es in Ihrem Sinne ist, dass in Ihrem Hause die Leiden der Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten auf Erfahrungen abgewertet werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Manfred Sommer

Heimat und Werte unter russlanddeutschen Spät-/Aussiedlern“

Vorstellung einer neuen Repräsentativerhebung des BMI

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, hat am 15. Oktober 2020 an der Vorstellung der durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) in Auftrag gegebenen Studie „Heimat und Werte unter russlanddeutschen Spät-/Aussiedlern“ teilgenommen.

Es freut mich, dass in der vorliegenden Studie endlich die etwa 2,4 Millionen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zugezogenen Russlanddeutschen selbst sowie deren Nachkommen, eine große und wichtige, mehrere Millionen Menschen umfassende gesellschaftliche Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland, zu Wort kommen.

Dass die Hälfte der Befragten deren Rentensituation als schlecht einschätzt und ein Viertel sich nicht von der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert fühlt, sollte uns alle zu mehr Einsatz auf diesem Gebiet anspornen.

Dass dennoch das Vertrauen in die Bundesregierung unter Russland-

deutschen deutlich größer ist als bei der Mehrheitsbevölkerung, ist ein erfreuliches Ergebnis. Diesen Vertrauensvorschluss sollten wir nutzen.“

In der Repräsentativerhebung wurden rund 1.000 russlanddeutsche Aussiedler und Spätaussiedler auf Deutsch und auf Russisch zu den Themenkomplexen Heimat und Werte befragt. Daneben wurden auch die persönliche Prägung durch die Geschichte der Deutschen aus Russland sowie ihre Haltung zu Extremismus und zu Diskriminierungserfahrungen thematisiert.

Pressemitteilung des BMI, gekürzt



Staatssekretär Dr. Markus Kerber (links) und Prof. Dr. Bernd Fabritius bei der Übergabe der Studie.

Geschätzt: 250.000 bis 300.000 Deutsche in Polen

Mit Bernd Gaida, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), sprach Dawid Smolorz

Sie leiten die Dachorganisation der deutschen Minderheit in Polen, die in diesem Jahr ihr 30. Jubiläum feiert. Laut der letzten Volkszählung von 2011 leben in Polen ca. 144.000 Deutsche. Entspricht diese Zahl der Wirklichkeit oder haben Sie andere Schätzungen?

Alle nationalen Minderheiten halten das Ergebnis der Volkszählung für unterschätzt. Wir gehen davon aus, dass in Polen zwischen 250.000 und 300.000 Deutsche leben. Über das Ergebnis der Volkszählung konnte man lange diskutieren. Ausgewirkt haben sich daraus sowohl die angewandten Methoden als auch die immer noch präsenten Befürchtungen eine andere Volkszugehörigkeit anzugeben als die polnische - vor allem aber die deutsche. Die historische Last, die Erinnerung an die Vertreibung, Deportationen, Verhaftung und Diskriminierung in den Zeiten der Volksrepublik bleibt ein Trauma der älteren Generation und wird nach wie vor auf die jüngere Generation übertragen. Nicht ohne Bedeutung ist ferner der Umstand, dass man regionale Identitäten angeben durfte, die man oft als eine weniger gefährliche Option sah. Viele Deutsche vor allem in Oberschlesien, wählten daher diesen dritten Weg. Unsere Schätzungen stützen

sich auf viele Parameter, u. a. auf die Zahl der Mitglieder unserer Organisationen und der Schüler, die an dem erweiterten Deutschunterricht als Minderheitensprache teilnehmen. Allein der Umstand, dass in ganz Polen ca. 52.000 Kinder und Jugendliche Deutsch als Minderheitensprache lernen, macht unsere Schätzungen sehr realistisch.

52.000 Schüler lernen Deutsch als Minderheitensprache

Am Eingang zu ca. 300 Ortschaften in Oberschlesien stehen zweisprachige Ortstafeln. Zweifelsohne ist das ein wichtiges Element, mit dem die Existenz der Deutschen in der Region hervorgehoben wird. Obwohl einige weitere Gemeinden alle Anforderungen erfüllt haben, wurde seit Herbst 2015 kein einziges neues deutsch-polnisches Ortsschild aufgestellt. Warum?

Nach meinem Wissen wurde über die Anträge vier weiterer ober-schlesischer Kommunen nicht entschieden, obwohl sie alle Voraussetzungen erfüllt haben.

Ich bin der Auffassung, wir haben es hier mit überlanger Dauer der Verfahren im Ministerium für Inneres

und Verwaltung zu tun. Als Beteiligte fungieren leider laut Gesetz nicht die jeweiligen Organisationen der deutschen Minderheit, sondern die Gemeindeverwaltungen. Da keine Entscheidung keine negative Entscheidung bedeutet, können die Antragsteller keinen Widerspruch gegen die Bescheide einlegen. Beschwerden könnte man sich eventuell nur wegen der erwähnten überlangen Dauer. Was die wahren Gründe sind, kann man nur vermuten. Es wird wohl die Abneigung gegen die Einführung dieser Schilder sein.

In Oppeln entsteht zurzeit das Dokumentations- und Ausstellungszentrum der deutschen Minderheit. Womit wird sich diese Einrichtung beschäftigen?

Die Idee, eine solche Institution ins Leben zu rufen gab es schon vor fast zehn Jahren. Bereits in den Vereinbarungen des sogenannten deutsch-polnischen Runden Tisches - mit Vertretern der deutschen und polnischen Regierung sowie der Polen in Deutschland und von unserer Seite - wurde die Notwendigkeit angesprochen, das Schicksal der Deutschen in Polen in der Nachkriegszeit zu präsentieren. Das Oppelner Zentrum soll zur wichtigsten Informationsquelle über die deutsche Minderheit in den heutigen Grenzen Polens werden. Neben einer Dauerausstellung werden dort Wechsausstellungen gezeigt, die in Kooperation mit Partnern aus Deutschland und Polen präsentiert werden. Sie werden sich u. a. den deutschen Minderheiten in anderen Ländern und anderen in Polen lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten widmen.

Es ist allgemein bekannt, dass die deutsche Minderheit vor allem im westlichen, dem Oppelner Teil Oberschlesiens lebt. Aber Deutsche gibt es auch in anderen Re-

Regierungschefs gratulieren Oberschlesiern

Mit einem offiziellen Schreiben gratulierte Bundeskanzlerin Merkel der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien zu ihrem dreißigjährigen Jubiläum. Die Organisation der deutschen Minderheit leiste einen sehr wichtigen Beitrag für die Wahrung der Geschichte und der gegenwärtigen Tätigkeit der deutschen Volksgruppe in Polen, so die Kanzlerin. Im Herbst vergangenen Jahres hatte Angela Merkel vom Vorsitzenden der Gesellschaft Rafal Bartek, eine Publikation erhalten, die die wichtigsten Aktivitäten der deutschen Minderheit in Oberschlesien in den letzten drei Jahrzehnten schildert. Ein Glückwunschsreiben erhielt die Organisation der deutschen Minderheit in Oppeln auch vom Büro des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki.

gionen, die heute innerhalb der Grenzen der Republik Polen liegen: im ehemaligen Ostpreußen, in Pommern und in Niederschlesien. Hat jede dieser Gemeinschaften ihre Eigenart?

Ja, wir können von Gruppen sprechen, die jeweils regionale Unterschiede aufweisen. Diese sind auf ihre Größe, innere Struktur und auf die jeweilige Stellung innerhalb der lokalen Gemeinschaft zurückzuführen. Was sie verbindet, ist der Wille zur Bewahrung der deutschen Tradition und Kultur. Freilich ist es schwieriger, die Kultur zu pflegen, wenn die Angehörigen der Minderheit verstreut im Umkreis von mehreren Dutzend Kilometern leben, wie es in Pommern oder Niederschlesien der Fall ist, oder wenn in einem Ort nur eine deutsche Familie lebt. Viel schwieriger gestaltet sich in solchen Gegenden das Vereinsleben. Häufig entstehen aber Kooperationen mit anderen Minderheiten, etwa mit den Ukrainern. Große Bedeutung haben dort führende Mitglieder, denn dem äußeren Anschein zum Trotz gibt es auch dort viele Familien mit deutschen Wurzeln. Diese sind allerdings oft tief versteckt und es bedarf viel Arbeit und vieler Gespräche, um die Menschen aus der jungen Generation zu einer emotionalen Rückkehr zu der Tradition ihrer Großmutter oder Urgroßmutter zu bewegen. Solche Geschichten kenne ich aber z.B. aus Grünberg oder Glatz.

Auszug aus: Schlesien heute

1921 – 2021 - Sonderbriefmarke 100 Jahre OS-Volksabstimmung

Die Stiftung Haus Oberschlesien hat nun eine Sonderbriefmarke entworfen, um an den Jahrestag zu erinnern. Es ist eine „Briefmarke individuell“ der Deutschen Post AG, die als offizielles Postwertzeichen für die Frankierung von Briefen genutzt werden kann. Es werde neben den klassischen 20er Bögen 80er Briefmarken auch Geschenkkärtchen mit Einzelmarken geben. Wer eine solche erwerben möchte, kann sich gerne an regent@oslm.de oder (02102)965256 wenden. „Wir hoffen, dass wir mit dieser Aktion erfolgreich auf ein für uns wichtiges Datum hinweisen können“, sagte Wladarz.



Halbierte Erinnerung Zum Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt im Jahr 1970

„Die Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft. Aber wir werden auch die Vergangenheit nicht vergessen. Nicht das Leid der Menschen in Polen, nicht den historischen Mut zur Versöhnung und auch nicht einen Kniefall, der uns an all das erinnert.“

Mit diesen Worten endete eine ausgestrahlte Videobotschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu 50. Jahrestag des Kniefalls Willy Brandts vor dem Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos am 7. Dezember 1970. Eingeleitet hatte Steinmeier seine Botschaft mit den Worten: „Als der deutsche Bundeskanzler damals nach Warschau kam, waren die Wunden der Vergangenheit noch frisch: Der Überfall auf Polen, der mit entsetzlicher Grausamkeit von Deutschland geführte Vernichtungskrieg, der Terror und die polnischen Opfer der deutschen Besatzung, der Völkermord an den Ju-

den. Auch Flucht und Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung lasteten auf den Beziehungen.“ Immerhin erwähnte der Bundespräsident die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs noch am Rande.

Auch Außenminister Heiko Maas widmete sich gegenüber der dpa Brandts Kniefall und wertete diesen als „eine stille und demütige Bitte um Vergebung für die abscheulichen Verbrechen des national-sozialistischen Deutschlands in Polen“ und versprach: „Wir Deutschen werden dabei niemals vergessen, welche Überwindung es für Polen und die Nachfahren der Millionen Opfer bis heute bedeuten muss, Willy Brandts stille und demütige Bitte um Vergebung anzunehmen.“ Für die eigenen Landsleute fand der Außenminister keine Worte des Gedenkens.

Mit dieser Fokussierung auf den Kniefall Willy Brandts reduzieren die beiden Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland einen der großen Wendepunkte der deutschen

Nachkriegsgeschichte auf die - durchaus bewegende - Geste eines Parteifreunds. Kein Wort bei Steinmeier und Maas über den eigentlichen Anlass der Reise des damaligen Bundeskanzlers in die polnische Hauptstadt - nämlich die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags, der nicht zuletzt die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens bedeutete. Kein Wort davon, dass Deutschlands damals - die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten anerkennend - faktisch auf ein Viertel seines Staatsgebietes verzichtete. Kein Wort von den großen Schicksalsfragen, um die in jenen fernen Tagen gerungen wurde - und auch kein Wort davon, wer den deutschen Heimatvertriebenen ihr Leid angetan hatte.

Ein Sprichwort besagt: „Eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge.“ Was dies bezogen auf eine halbierte Erinnerung bedeutet, mag sich jeder selbst erschließen. *PAZ 12/2020*

Oberschlesien

Denkmal für die Opfer des Lagers Zgoda

In Swietochlowice-Zgoda gab es von Juni 1943 bis zur Auflösung durch die deutsche SS im Januar 1945 eine Zweigstelle des KL Auschwitz-Birkenau unter dem Namen KL Eintrachthütte, in der Juden, Polen, Franzosen und Russen als Sklaven arbeiten mussten. Im Februar 1945 wurde die intakt gebliebene Infrastruktur des Lagers von den neuen Behörden genutzt. Offiziere der UB, der Miliz und des NKWD inhaftierten hier jetzt ohne strafrechtliche Verurteilung Deutsche, aber auch Polen, die im Verdacht standen, dem neuen sowjet-kommunistischen System gegenüber feindlich gesinnt zu sein. Die meisten Inhaftierten waren schuldig gesprochen, die 2. Gruppe der von den deutschen Behörden eingeführte Volksliste erhalten zu haben (Volksliste 2: Menschen im 1922 polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens, die an der deutschen Sprache und Kultur festgehalten hatten).

Eine Typhusepidemie, harte Arbeit und Folter dezimierten die Zahl der Gefangenen deutlich. Es herrschten im Lager Zgoda schrecklicher Hunger und katastrophale hygienische Verhältnisse und Lebensbedingungen. Die erhaltenen Dokumente zeigen, dass innerhalb weniger Monate über 1.850 Menschen im Lager zu Tode gekommen sind. Ihre Leichen wurden auf zwei katholischen Friedhöfen und auf einem evangelischen Friedhof in Massengräbern verscharrt.

Am 15. Januar verabschiedeten der Senat der Republik Polen und am 23. Januar 2020 der Sejm der Republik Polen eine Resolution zum Gedenken an die Opfer der Tragödie Oberschlesiens. Die Stadtregierung von Schwientochlowitz initiierte eine Feier, wobei sie auf eine Idee zurückkam, ein größeres Denkmal zu errichten, dessen Umsetzung für 2004 geplant war, aber aufgrund fehlender finanzieller Mittel ausgesetzt worden

ist. Im September 2020 wurde ein fünfköpfiges Komitee für den Bau des Denkmals für die Opfer des Lagers Zgoda gegründet. Die Ehrenpatenschaft übernahm die Senatorin der Republik Polen, Frau Halina Bieda. Außerdem wurden eine Zusage des Instituts für nationale Erinnerung (IPN) zur Unterstützung der Initiative eingeholt und ein Bankkonto eingerichtet, auf das Geldspenden für die Durchführung des Denkmalprojekts eingezahlt werden können. Die Gesamtbaukosten werden rund 300.000 PLN=75.000 € betragen.

Die Enthüllung und Segnung des Denkmals ist für den 19. Juni 2021 geplant.

Initiative von Gerhard Gruschka

Herz der gesamten Initiative ist der neunzigjährige Gerhard Gruschka, einer der letzten noch lebenden Häftlinge des Lagers Zgoda.

Er möchte, dass das Denkmal ein Ort der Erinnerung an die Opfer des Zwangsarbeitslagers Zgoda im Jahr 1945 bleibt, aber ebenso an die jüdischen Opfer des Auschwitz Nebenlagers Eintrachthütte vor 1945. Izabella Wojcik-Kühnel, übersetzt von David Skrabania www.silesia-news.de.

Spendenkonto:

Das Komitee für den Umbau des Denkmals für die Opfer des Lagers Schwientochlowitz-Zgoda bittet um eine Unterstützung des Denkmalprojekts.

Die Bankadresse für Geldspenden lautet: Komitet Społeczny Budowy Pomnika Ofiar Obozu Zgoda,

IBAN PL31 1090 2011 0000 0001 4683 6010, SWIFT: WBK PPL PP, Santander Bank Polska

Auszug aus Schlesien heute
12/2020

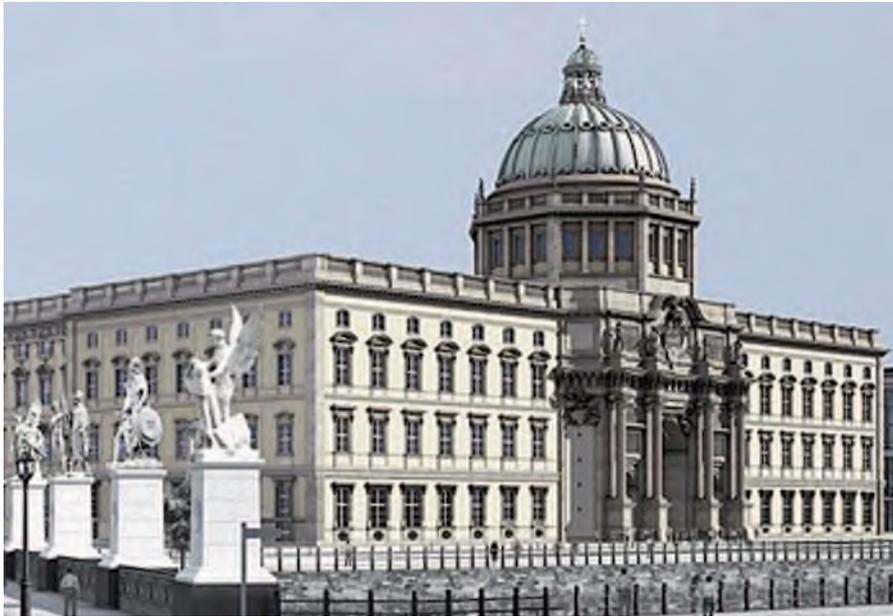
Das neue Schloss in Berlin

Die Historie des Schlosses reicht zurück bis ins Jahr 1443. Friedrich II. ließ sich damals eine Residenz in der Doppelstadt Cölln und Berlin errichten. Die Ansiedlung prosperierte wirtschaftlich und politisch, daher wollte der Kurfürst aus dem Haus der Hohenzollern Präsenz zeigen. „Vom ersten Schlossbau gibt es keine überlieferten Bilder“, sagt Dokufilmer Buse, „Vermutlich war das Schloss eher klein, doch es wurde im Lauf der Jahrhunderte immer weiter ausgebaut und den Bedürfnissen der jeweiligen Schlossherren angepasst.“ Die Variante, auf der das jetzt rekonstruierte Bauwerk basiert, entstand erst um das Jahr 1701. Es war der erste preußische König Friedrich I., der den begnadeten Architekten und Bildhauer Andreas Schlüter damit beauftragte, das Renaissance- in ein Barockschloss umzugestalten und so eine angemessene Königsresidenz zu schaffen. „Der barocke Baustil mit seinen üppig geschmückten Fassaden und Skulpturen war damals in ganz Europa ‚en vogue‘ und galt als sehr modern“, sagt Buse. „Schlüter ließ sich von Barockbauten in Frankreich und Italien inspirieren und holte diesen Stil nach Preußen.“

Unter Friedrich I. erlebte der Bau die Phase seiner größten Bedeutung, so Buse: „Friedrich I. demonstrierte mit dem Schloss seinen hohen Status. Die meisten seiner Nachfolger konnten mit dem Anwesen dagegen weniger anfangen und nutzten es kaum. Friedrich der Große etwa bevorzugte Schloss Sanssouci in Potsdam.“ In den Folgejahren erlebten Gebäude und Gelände eine wechselvolle Geschichte.

Neues Schloss im alten Glanz

Zerbombt, gesprengt, verdrängt – nun wiederaufgebaut:
Das Berliner Schloss hat als Humboldt-Forum
seine Tore für die Öffentlichkeit geöffnet



Neues Schloss in Berlin

Es ist einer der grotesken historischen Irrtümer, ausgerechnet Preußen als den Geburtsort und Repräsentant des Nationalismus zu bezeichnen. Es gibt kein Staatsgebilde, das dem Nationalismus fremder, ja feindseliger gegenübergestanden hätte als Preußen.

Preußen war Staat, aber nicht Nation. Er vertrat die Sache der Obrigkeit des Seins, des Institutionellen.

Preußen empfand in gesundem Instinkt das Revolutionäre im Begriff der Nation und lehnte es ab. Es hat damit abendländischer gedacht als die Institution.

Dietrich Bonhoeffer

Der Weltwissenschaftler Alexander von Humboldt und der Osten

Vor drei Jahren feierte die Welt der Gelehrten „Humboldt 250“. Am 14. September 1769 war der herausragende Naturwissenschaftler und Geograph Alexander von Humboldt in Berlin geboren worden; der Vater stammte aus Pommern. Sein ebenso berühmt gewordener Bruder und späterer Hochschulreformer Wilhelm war da schon im dritten Lebensjahr. Alexander von Humboldt wurden unlängst im Jubiläumsjahr zahlreiche Biographien und andere Publikationen gewidmet. Freilich konnten diese umfangreichen Lebensbeschreibungen seine Forschungsreise durch Russland von St. Petersburg bis an die chinesische Grenze im Jahre 1829 nicht umgehen, kaum eines der Bücher und Beiträge jedoch gehen auf die Beziehungen des weitgereisten Naturwissenschaftlers zu Schlesien und zu Polen ein.

Vor sechzehn Jahren bereits sorgte Daniel Kehlmann mit seinem genia-

len Roman „Die Vermessung der Welt“, in dem er u.a. Humboldts Exkursionen am Orinoko im Jahr 1800 in den Blick nimmt, für enormes Aufsehen. Eines der erfolgreichsten Bücher der deutschen Nachkriegsliteratur, im Jahr 2011 verfilmt einige Szenen - die nicht im Urwald spielen - in Görlitz.

Und dann ist da der (fast) abgeschlossene Wiederaufbau des Berliner Schlosses, 1443 bis 1918 die Winterresidenz der Hohenzollern, das, im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt unter Walter Ulbrichts kommunistischer Herrschaft 1950/51 völlig be-

seitigt worden war. Der jetzt in seinen barocken Fassaden (außer der Spreeseite) für 644 Millionen Euro rekonstruierte,

innen weitgehend modern gestaltete Schlosskomplex mitten in der deutschen Hauptstadt, bekam den offiziellen Namen „Humboldt Forum“. Weitgehend eingezogen sind das Ethnographische Museum und das Museum für Asiatische Kunst. Eine für Dezember 2020 geplante Teilöffnung musste auf den Spätsommer 2021 verschoben werden - coronabedingt.



Alexander von Humboldt

Thomas Maruck
Schlesien heute

Der 80. Jahrestag der Deportation – unser Meilenstein 2021

Der 2021 anstehende 80. Jahrestag der Deportation und die darauf folgende Entrechtung der deutschen Minderheit in der UdSSR wurden zum Anlass der letzten virtuellen Besprechung im Kulturausschuss unter der Leitung des Bundesvorstandsmitgliedes der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Ewald Oster.

Angedacht ist eine gezielte Sammlung der „Stummen Zeugen der Verbrechen“. Das heißt: Zeitgenössische Briefe, Tagebücher, Lieder, persönliche Dokumente, Fotografien, Kunstwerke, Gegenstände, Eingaben an die „Obrigkeit“ u.Ä. der verbannten, zur Zwangsarbeit eingezogenen oder unter dem Kommandanturregime befindlichen Menschen sollen gesammelt werden.

Diese Zeugnisse sind für das Selbstverständnis und die Erinnerungskultur der betroffenen Gruppe von außerordentlicher Bedeutung, weil sie die ungeheuren Beschuldigungen und entsetzlichen Lebensumstände aus der Sicht der Betroffenen, aus der Innenperspektive, schildern und darlegen, was sie erlebt haben.

Es wäre sehr hilfreich, für die Gliederungen der LmDR einen Leitfaden zu erstellen, wie man derartige autobiographische Dokumente sammelt, digitalisiert, transkribiert, übersetzt, erfasst, kommentiert und präsentiert. Sie werden Stoff liefern für lokale Ausstellungen, Zeitzeugengespräche, Infotafeln, Publikationen in lokalen und überregionalen Massenmedien, Videobotschaften usw.

Ein bis jetzt noch viel zu wenig erforschtes Thema ist die Widerstandsbewegung der Russlanddeutschen. Daher wäre eine Quellen-

sammlung unter einem Titel wie „Entrechtet, aber nicht gebrochen“ sehr begrüßenswert. Dieses Werk sollte entsprechende Dokumente beinhalten und Personen schildern, die sich in dieser oder jener Weise gegen die in der Sowjetunion Herrschenden wandten.



*Festgehalten in einer Zeichnung:
Deportation der Russlanddeutschen*

Ebenfalls vorgeschlagen wurden Maßnahmen in den Bereichen Literatur, Film- und Videoaufnahmen, Musik und Kunst. Aus dem Vorschlag, einen Dokumentarfilm unter Beteiligung von Zeitzeugen der Deportation aufzunehmen, entwickelte sich eine Diskussion mit weiteren Vorschlägen, die schließlich in den Vorschlag eines Filmfestivals oder Wettbewerbs mündete.

Der Literaturkreis plant neben der Herausgabe seines alljährlichen Almanachs u.a. einen Schreibworkshop zum Bereich Drama/Theater. Für die Ebene der Kreis- und Ortsgruppen wurde vorgeschlagen, eine Initiative „Deportation in der Geschichte meiner Familie“ zu starten.

Nicht vergessen werden dürfen natürlich die Bereiche Musik und bildende Kunst. Kunstausstellungen zum Thema Deportation mit Führungen oder auch Wanderausstellungen könnten als Jahresprogramm angeboten werden.

Musikfestivals mit Gesang und Instrumentalmusik, ebenfalls zum Thema Deportation, sollen schon im Frühsommer auf Landesebene stattfinden. Die besten Künstler sollen dann bei der zentralen Gedenkveranstaltung auftreten dürfen.

Die Herausgabe einer Broschüre mit Auflistung, kurzer Beschreibung und Abbildung von Gedenkstätten der Deportation und Vertreibung in Deutschland wäre für jede Gliederung der LmDR sehr hilfreich bei der Durchführung von Gedenkveranstaltungen und würde die aktuelle Lage der russlanddeutschen Denkmalkultur zum 80. Jahrestag der Deportation dokumentieren.

Auch bereits vorhandene Werke sollen vorbereitet und der breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. In München wurde zum Beispiel vor kurzem das Theaterstück „Leben jenseits des Horizonts“ von Yurii Poimanov und Juri Diez, Mitglied des Kulturausschusses, erfolgreich aufgeführt. Dieses Stück wird jeder Gliederung in Form eines Gastspiels angeboten. Ausführliche Informationen zum Stück finden Sie im Internet:

Selbstverständlich sind die Initiativen des Kulturausschusses richtungsweisend, schließen aber eigene Ideen von Mitgliedern der LmDR nicht aus und sind ohne den Mut und das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Verbandes nicht zu stemmen. Wir freuen uns daher über jede Rückmeldung, die zur Stärkung unserer gemeinsamen Arbeit beitragen könnte.

*Maria Schefner, im Auftrag
des Kulturausschusses der LmDR
VOLK AUF DEM WEG
Nr. 12/2020*

Ausgleich mit Osteuropa

Versuch einer europäischen Friedensordnung

Vor 50 Jahren erschien im Stuttgarter Seewald-Verlag diese zukunftsweisende Schrift in zweiter Auflage. Autor war Dr. Herbert Czaja (1914-1997), der frühere Präsident des Bundes der Vertriebenen (März 1970 - April 1994). Leider ist diese Broschüre inzwischen vergriffen. Dankenswerterweise hat der frühere Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Dr. Ernst Gierlich, die 64 Seiten ins „Kulturportal West-Ost“ gestellt.

Der Journalist Thomas Urban hatte schon vor Jahren dafür plädiert, Czajas wegweisende Abhandlung in die polnische Sprache zu übersetzen. Vielleicht ist dies schon geschehen? Ausgehend von der „Friedenspflicht der Christen in der Gegenwart“ werden die „Prinzipien der katholischen Friedenslehre“ aufgezeigt und die „Grundlagen der Friedensordnung mit unseren unmittelbaren östlichen Nachbarn“. Die Problematik von „Einzelschuld und Kollektivschuld“ wird erläutert, ebenso das „Recht auf die Heimat“ im Zusammenhang mit dem „Aufbau europäisierter, internationaler Territorien“.

Europäisches Volksgruppenrecht

Die profunden Kenntnisse der osteuropäischen Problematik (u. a. perfekte Beherrschung der polnischen Sprache) legitimieren den früheren Leiter der „Arbeitsgruppe für Osteuropafragen“ des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestags (Mitglied in der CDU-Bundestagsfraktion von 1953 bis Ende 1990) als Autor für die oben genannten Themenbereiche. Lösungswege zeigt Herbert Czaja in einem europäischen Volksgruppenrecht auf als Diskussions-



grundlage in der Auseinandersetzung mit Anhängern der „Verzichtspolitik“. Vorausschauend erklärt der Vertriebenenpolitiker im letzten Kapitel mit dem Titel „Christliche Hoffnung in schwieriger Lage“: „In zwanzig Jahren sind starre nationalstaatliche Grenzen möglicherweise überholt“.

Politische Kompromisslösungen

Übrigens förderte die Herausgabe dieser Schrift der damalige gesamtdeutsche Minister Herbert Wehner (SPD). Als Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier führten Herbert Czaja und Otto Ulitz, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, ein intensives Gespräch mit Herbert Wehner über politische Kompromisslösungen für Oberschlesien.

Die schnelle Verbreitung nach dem Erscheinen von „Ausgleich mit Osteuropa“ im Osten hatte ein Stasi-Mitglied aus der DDR verursacht, nachdem Falsch-

meldungen in der kommunistischen Presse über den Inhalt kursierten. Die polnische Presse wurde hellhörig und bestellte 100 Exemplare via Wien nach Polen. Die Aufmerksamkeit war groß; zuerst wurde überall Kritik geäußert – wenig später jedoch relativ sachlich berichtet.

Mit Zweidrittel-Mehrheit zum Präsidenten

Kernpunkte aus „Ausgleich mit Osteuropa“ findet man auch in der sogenannten „Bremer Erklärung“, die der ostoberschlesische Autor weitgehend selbst formulierte. Als Gast der BdV-Bundesvertreterversammlung in Bremen am 17. und 18. Januar 1970 erläuterte der spätere BdV-Präsident die „Bremer Erklärung“, d. h. er kämpfte sozusagen Satz für Satz dafür. Sie wurde bei wenigen Enthaltungen angenommen. Erst danach erklärte sich Herbert Czaja zur Kandidatur bereit, nachdem er auch von vielen Vertretern der Landsmannschaften dazu aufgefordert worden war. Zuvor hatte der Kandidat vielen Zeitgenossen als zu christlich und zu versöhnungsbereit gegolten. Am 15. März 1970 wurde er mit Zweidrittel-Mehrheit zum neuen BdV-Präsidenten gewählt. Es folgten kurz darauf schwere Jahre in der Zeit der Ostverträge mit vielen Anfeindungen aus dem links- und rechtsextremistischen Lager samt Telefonterror und ähnlichen Drohungen.

Auf einen Kernsatz der „Bremer Erklärung“ soll zum Schluss noch hingewiesen werden, der auch in der Austrittsrede vom neuen BdV-Präsidenten wiederholt wurde: „Zu einer gesicherten europäischen Friedensordnung ist Raum für einen dauerhaften und gerechten Ausgleich und enge Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen!“

Stefan P. Teppert

Virtuell begehbare Heimatstuben

Kulturstiftung setzt ihre Digitalisierungsarbeit fort

Das vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen geförderte Leuchtturmprojekt der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen dient nicht nur der Bewahrung des aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa mitgebrachten deutschen Kulturgutes, sondern leistet zugleich einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung der Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa.

Nachdem die Bunzlauer Heimatstube in Siegburg als eine der ersten Einrichtungen digital erfasst wurde, besuchten Projektleiterin Elke Wilming und Projektassistent Sascha Gustorf sowie Kunsthistorikerin Birgit Aldenhoff die Einrichtung der Siebenbürger Sachsen in Wiehl. Dort wurden für das Vorhaben „Virtuelle Heimatsammlungen“ ausgewählte Ausstellungsstücke fotografiert, eine 360-Grad-Rundumsicht der Räumlichkeiten aufgenommen und eine Dokumentation erstellt.

Auch bei dieser Aktion stand das Ziel im Fokus, dass die gezeigten Objekte nicht für sich alleine stehen, sondern vielmehr in ihrer Gesamtheit ein komplexes Bild der in den Sammlungen präsentierten Orte oder Regionen vermitteln. In diesem Sinne wurden Informationen zur Sammlung mit ihren spezifischen regionalen Hintergründen, zur Entstehung und Entwicklung sowie zu thematischen Schwerpunkten und Besonderheiten zusammengetragen.

Eine Webseite mit den ersten zwölf virtuellen Heimatstuben soll voraussichtlich Ende des Jahres starten. Da auch weitere Bundesländer Interesse signalisiert haben, ist eine Fortsetzung des Projektes „Virtuelle Heimatsammlungen“ geplant.

Hintergrund: Seit Anfang der 1950er Jahre kamen rund elftausend Siebenbür-



In dieser Form ein Relikt der Vergangenheit: Auch die Wiehler Heimatstube wird digitalisiert.

ger Sachsen aus Rumänien nach Nordrhein-Westfalen, um Arbeit und eine neue Heimat zu finden. 1957 hatte das Land NRW die Patenschaft über die Siebenbürger Sachsen übernommen.

In den 1960er Jahren hat sich die Ortschaft Drabenderhöhe bei Wiehl im Oberbergischen Kreis aus sehr bescheidenen Anfängen durch den Zuzug von weit mehr als zweitausend Siebenbürger Sachsen zu einem Zentrum des siebenbürgischen Kulturlebens in NRW und der ganzen Bundesrepublik Deutschland entwickelt.

Enni Janesch – die ehemalige Vorsitzende der Kreisgruppe Drabenderhöhe des Verbandes und heutige Leiterin der Heimatstube – sprach im Namen ihrer Landsleute als sie bei einer Festveranstaltung betonte, dass die Siebenbürger Sachsen von Anfang an dankbar waren, in Drabenderhöhe nach Heimatverlust und Jahren des Umherirrens nicht nur ein Zuhause für ihre Familien gefunden zu haben, sondern auch ihre mitgebrachte Kultur pflegen und ihr Brauch-

tum weiterleben zu können. Die Siebenbürger Heimatstube Drabenderhöhe ist seit 1989 im Kulturhaus Drabenderhöhe untergebracht. Dieses kleine Museum gilt als eine der wichtigsten Einrichtungen der siebenbürgischen Kultur außerhalb Rumäniens. Die Sammlung umfasst vor allem Objekte, die die ländlich geprägten Regionen Siebenbürgens repräsentieren, und die die überlieferte Volkskultur der nach dem Krieg angesiedelten deutschstämmigen Siebenbürger Sachsen darstellen.

Zu den Besonderheiten gehören 15 lebensgroße und ebenso viele kleine Trachtenpuppen. Weitere Exponate aus den Bereichen Schmuck, Stickerei, Kürschnerarbeiten, Keramik, Zinn und bemalte Möbel sowie Archivfotografien und Original-Dokumente vermitteln Einblicke in die bis heute gepflegten Bräuche der über 800 Jahre alten Tradition und Kultur im Siebenbürger Land. Hinzu kommen zahlreiche Gemälde, Fotografien und Karten von Städten und Kirchenburgen.

Dieter Göllner

Aufbau eines Nordost-Archivs beschlossen

Unionsfraktion setzt Kurs der Kulturförderung maßvoll fort

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auf der heutigen Bereinigungssitzung zusätzliche Mittel für die Kulturförderung gemäß Bundesvertriebenengesetz beschlossen. Dazu erklärt der Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols:

Die Union setzt ihren Kurs der Bundesförderung nach dem Kulturparagraphen des Bundesvertriebenengesetzes trotz Corona-Pandemie fort, die im Bundeshaushalt 2021 maßvoll um knapp 800.000 Euro erhöht wird.

- Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg erhält im Nachgang der hinzugekommenen Deutschbaltischen Abteilung sowie im Zuge des bereits von Bund und Land bewilligten Erweiterungsbaus eine Archivarstelle, die der Bund mit 45.000 Euro Projektmitteln jährlich unterstützt. Mit der neuen „Kant“-Abteilung wird der Anspruch an überregionaler Forschung deutlich steigen und es zeichnet sich am Landesmuseum bereits jetzt schon

ab, dass für die Vermittlung und Erforschung ostpreußischer und deutschbaltischer Kulturarbeit die Bewahrung und Zugänglichkeit von Archivmaterial unverzichtbar ist.

- Das Carl-Schirren-Archiv, eines der wichtigsten Archive zur Geschichte des Baltikums mit Sitz ebenfalls in Lüneburg, wird für die notwendige Erschließung wie Digitalisierung nach wissenschaftlichen Maßstäben mit 200.000 Euro gefördert. Der Bestand im mittelalterlichen Brömsehaus wurde von einer Expertengruppe der BKM mit dem Ergebnis evaluiert, dass es sich um kulturhistorisch wertvolle und im Sinne des §96 BVFG für die Geschichte der Deutschbalten relevante Archivalien handelt. Durch beide Projekte wird es langfristig möglich, ein Ostpreußen- und Baltendeutsches Archiv aufzubauen und Synergieeffekte (z.B. Verwendung einheitlicher Software) am Standort Lüneburg zu nutzen. Auch die Vernetzung mit dem dortigen ebenfalls vom Bund geförderten Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa wird angestrebt.

- Der Bund fördert seit 2019 die Notsicherung des Schlosses Steinort, um eines der bedeutendsten noch erhaltenen Schlösser Ostpreußens vor dem Verfall zu bewahren. Die weitere bauliche Sicherung der großen Gutsanlage wird mit 500.000 Euro unterstützt.
- Der Museumsverband Niedersachsen und Bremen hat in Kooperation mit der niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene ein Pilotprojekt zu den Heimatsammlungen entwickelt, das der Bund erneut mit 50.000 Euro fördert. Wesentliche Bausteine des dreijährigen Projektes sind: die Unterstützung der Sammlungsbetreuer bei der Aufrechterhaltung einer autarken Sammlung, die Erschließung der Sammlungen nach musealen Standards sowie etwaige Maßnahmen zur präventiven Konservierung sowie die virtuelle Zusammenführung der Sammlungen in deutschen und polnischen Museen. Die Ergebnisse lassen sich auf andere Bundesländer übertragen und sind ein wichtiger Beitrag zum langfristigen Erhalt von Zeugnissen der historischen deutschen Ostgebiete.

Die Ergebnisse sind ein wichtiger Erfolg für die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sich weiter nachhaltig und mit Erfolg für die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen einsetzt.

Ausdrücklicher Dank gehört der zuständigen Berichterstatterin im Haushaltsausschuss, Patricia Lips, die den von unserer Fraktion geforderten Aufwärtstrend der Bundesförderung mit großem Nachdruck befördert.“

(PM)

INFO

Das **ehemalige Herrenhaus der Familie von Lehndorff** in Groß Steinort ist das Hauptprojekt der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz (DPS). Der Name von Lehndorff ist vor allem bekannt durch Graf Heinrich von Lehndorff, dem letzten Herrn auf Schloss Steinort, der am gescheiterten Stauffenberg-Attentat am 20. Juli 1944 beteiligt war. Am Herrenhaus Steinort sind kontinuierlich Sicherungsmaßnahmen fortzuführen, um den in den letzten Jahren dank privater Spenden und Mitteln der öffentlichen Hand erreichten gebotenen Sicherungszustand halten und ausbauen zu können. Dafür sowie für die über den Zeitraum 2019/20 vorgesehene größere Sicherungs- und Instandsetzungsmaßnahme werden dringend weitere Mittel benötigt.

„Keine politische Rede hat so viel Kraft wie das deutsche Volkslied“

Chorleiter Gotthilf Fischer im Alter von 92 Jahren gestorben

Stuttgart. (dod) Gotthilf Fischer ist am 11. Dezember 2020 in Weinstadt in der Nähe von Stuttgart gestorben. Fischer wurde am 11. Februar 1928 in Deizesau unweit von Esslingen geboren. Er schloss sich bereits im Alter von drei Jahren dem Trommlerzug des Arbeitersportvereins in Deizesau an. Überhaupt interessierte er sich schon früh für alles, was mit Tönen zu tun hatte. Noch während des Krieges machte er die Aufnahmeprüfung an der Lehrerbildungs-

anstalt in Esslingen und bekam nach dem Kriege, wenn auch nur kurzzeitig, eine Anstellung als Lehrer, der einzige unter 18 Jahren in Baden-Württemberg unter dem damaligen Kultusminister Theodor Heuss. Den Lehrerberuf gab er 1947 wieder auf und widmete sich von nun an der Leitung verschiedener Chöre. Mit dem Deizesauer Chor war er bald in der ganzen Umgegend bekannt, 1949 ersang sich der Chor Concordia Deizesau mit Gotthilf Fischer die Goldmedaille beim Bundesliederfest des Schwäbischen Sängerbundes. Im selben Jahr entstand auch die Chorgemeinschaft Fischer. In den Folgejahren wuchsen die Chorgemeinschaften zusammen, wurden größer, und die Zeit der Reisen begann.

Die erste große Auslandsreise eines Fischer-Chors, hier war es der Schmiden Chor aus Stuttgart, führte nach Salzburg zu den Chorfestspielen. Des öfteren gehörte Südtirol zu den ersten Reisezielen der Fischerchöre, sorgfältig beobachtet von den italienischen Carabinieri, wenn die Chöre das Lied „Wohl ist die Welt so groß und weit“ sangen. Der erste ganz große Auftritt folgte im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 1974. Eine Milliarde Menschen sahen den Auftritt beim Finale.

1994 besuchte Fischer, anlässlich der Einweihung des Eichendorffdenkmals in Ratibor, auch erstmals die deutsche Volksgruppe in Polen. Seitdem waren seine Auftritte dort die Höhepunk-



Schon zu Beginn der 1990er Jahre hatte Gotthilf Fischer die Schlesier beim Sommerfest des Hauses Schlesien kennengelernt und dort tausende Schlesier zum Singen gebracht.

te des Jahres. Ob in Hindenburg, Allenstein, Krappitz, Stettin, Marienburg, Groß Rauden oder Tworkau, überall wurde er begeistert aufgenommen und bescherte den Teilnehmern unvergessliche Stunden. Organisiert hatte diese Auftritte der Bund der Vertriebenen mit Unterstützung der Bundesregierung. Wenn Deutschlands bekanntester Chorleiter, Gotthilf Fischer, eine Bühne in Oberschlesien betrat, dann war das immer mehr als nur ein Konzertereignis. Es war auch ein Stück grenzüberschreitende Kulturarbeit zur Pflege der deutschen Sprache. Denn gesungen wurde in der Muttersprache reinstern Form, dem deutschen Volkslied. „Keine politische Rede hat so viel Kraft wie das deutsche Volkslied“, war Fischers These und er hatte Recht. Die Freude darüber, dass man einmal mehrere Stunden wieder in seiner Muttersprache gemeinsam singen kann, war überall groß.

Nach den überaus erfolgreichen Veranstaltungen in Oberschlesien organisierte der Bund der Vertriebenen mit Unterstützung der Bundesregierung und des Bezirksvorstandes der deutschen Freundschaftskreise vor Ort zwei Singveranstaltungen in Ostpreußen, in Allenstein und Heilsberg. Und wieder ertönten deutsche Volkslieder, die von tausenden Teilnehmern begeistert mitgesungen wurden.

1998 veranstaltete der Kreisverband Rhein-Sieg des BdV unter der Leitung von Peter Kokott eine Veranstaltung „Deutschland, deine Lieder“, unter der musikalischen Leitung von Gotthilf Fischer, in der Verlauf Fischer mit der Silbernen Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet wurde.

Gotthilf Fischer hat tausenden Deutschen Freude geschenkt, heimatverbliebenen und heimatvertriebenen. Er war ein Freund der Ostdeutschen und sie werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. *MP*

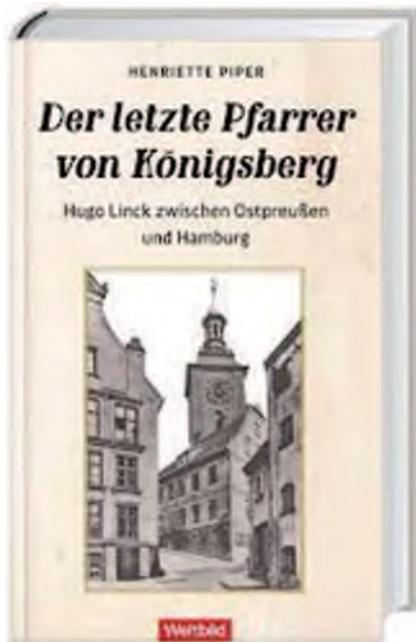
INFO

Die „Gazeta Wyborcza“ vom 5. August 1996 schrieb:

„Der Star des Abends war jedoch Gotthilf Fischer, der seit über 30 Jahren in Deutschland verschiedene Chöre leitet. Darunter sind einige mit über 300 Sängern. Seine große Popularität erlangte er dank eigener Fernsehprogramme. Durch die Satellitenübertragung ist er auch in Schlesien bekannt“. Wörtlich sagte Gotthilf Fischer: „Seitdem ich vor zwei Jahren in Lubowitz von einem sehr zahlreichem Publikum begrüßt wurde, was ich in Deutschland seit Jahren nicht mehr erlebt habe, komme ich sehr gerne nach Schlesien, um mit Euch zu singen.“

Der letzte Pfarrer von Königsberg

Dieses außergewöhnliche Buch ist spannende und aufschlussreiche Pflichtlektüre für jeden, der an deutscher Geschichte interessiert ist. Die Verfasserin Henriette Piper, 1951 in Kiel geboren, war nach dem Studium der Germanistik, Geschichte und Skandinavistik Gymnasiallehrerin und arbeitet heute als Drehbuchautorin für Kino und Fern-



sehen vor allem auf der Grundlage von historischen und zeitkritischen Stoffen.

Die Autorin ist die Enkelin des „letzten Pfarrers von Königsberg“ Hugo Linck aus Königsberg und dessen Ehefrau Maria, geb. Schröder aus Neumünster in Holstein.

Kernstück der Lebensbeschreibung sind die Jahre von 1945 - 1948, in denen Hugo Linck sich gemeinsam mit seiner Frau entschied, nicht nach Westdeutschland zu flüchten, sondern unter dem Diktat der Roten Armee bei seiner Königsberger evangelischen Kirchengemeinde zu bleiben und ihr Ankerpunkt in allen Anfechtungen zu sein. Hungersnot und eine Typhuserkrankung machen Hugo Linck den Dienst an dem ihm anbefohlenen Mitmenschen schwer, ebenso sein Kampf für seine Kirche gegen kommunistische Funktionäre, der ihn immer wieder in die Gefahr bringt, nach Sibirien verschleppt zu werden. Unvorstellbar auch die Umstände seiner zahlreichen Besuche entlegener Kirchengemeinden, bei denen er tagelang unterwegs ist

und häufig 30 oder 40 Kilometer zu Fuß laufen muss. Als Mitglied der Bekennenden Kirche wurde er von den Nazis mehrfach verhaftet, nun muss er gegen die Kommunisten um das Überleben kämpfen. Kräfte verleiht ihm sein tiefer Glaube.

Das Buch von Henriette Piper lebt nicht nur von den vorgefundenen authentischen Familiendokumenten, sondern auch von der gründlichen zeitgeschichtlichen Recherche. Die Verfasserin hat ein großartiges Denkmal geschaffen für ihren Großvater, für Königsberg und Ostpreußen, vor allem für einen hingebungsvollen selbstaufopfernden Seelsorger, wie er nicht häufig anzutreffen ist.

Der letzte Pfarrer von Königsberg Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg

352 Seiten – 24,00 €

zzgl. Versandkosten

Erhältlich bei Schlesische Schatztruhe, Tel. 03581/402021, oder

E-Mail: info@senfkornverlag.de

Schlesien heute 1/2021

Denkmal für Maria Theresia in Prag errichtet

Zum ersten Mal wurde in Tschechien ein Denkmal für die österreichische Kaiserin Maria Theresia (1717-1780) errichtet, die 40 Jahre lang die Habsburger Monarchie regiert hatte und seit 1743 auch böhmische Königin gewesen war. Die 5,5 Meter hohe, sieben Tonnen schwere und 130.000 Euro teure Statue erinnert nun nach dreijähriger Bauzeit im Maria-Theresia-Park im Prager Stadtteil Dejvice unweit des Hradschins an die einzige Frau, die je über böhmische Länder geherrscht hat.

Der Entwurf der modernen, weißen Statue, die kein realistisches Abbild der Kaiserin ist, sondern mit ihren glatten, runden Formen als Symbol für sie steht, hatte nach Veröffentli-

chung zu einer öffentlichen Debatte geführt. Mehrfach wurde das Denkmal mit einer Schachfigur verglichen. Der verantwortliche Bildhauer Jan Kovarik verteidigte seine Idee und sagte laut tschechischen Medien gegenüber Kritikern, man könne sich Maria Theresia tatsächlich als eine Art Figur im politischen Spiel des damaligen Europas vorstellen.

Während ihrer Regierungszeit hatte Maria Theresia die Staatsverwaltung, die Armee, die Wirtschaft und das Bildungswesen reformiert. Dass sie 1774 die Schulpflicht für Jungen und Mädchen sowie staatliche Schulen einrichtete, gilt bis heute als wichtigste Zäsur, die sich auf ihr Wirken zurückführen lässt. (ie)

Schlesien heute 1/2021



Denkmal Maria Theresia in Prag

Leben bedeutet unterwegs zu sein

Andreas Kossert, Historiker und Autor des Bestsellers „Kalte Heimat“. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, hat im Gedenkjahr »75 Jahre seit Kriegsende« ein Buch vorgelegt, das niemanden kaltlässt. Allein ein Blick auf die Titel der wenigen Kapitel dieses Buches (»Jeder kann morgen ein Flüchtling sein«, »Heimat«, »Was war, endet nicht«) zeigen: Kosserts Themen sind existenziell. Gibt es jemanden, der »Weggehen«, »Ankommen«, »Weiterleben«, »Erinnern« nicht erfahren hat? Und wer kennt nicht diese Frage: »Wann ist man angekommen?«

Leben bedeutet unterwegs zu sein. Trotzdem fehlt es oft an Mitgefühl, wenn es um Menschen auf der Flucht geht. Sie scheinen das bedrohlich Andere zu verkörpern, wogegen das eigene Zuhause verteidigt werden muss. Dabei ist im Angesicht des Todes jeder Besitzstand und auch ein Alleinanspruch auf Heimat obsolet.



In Zeiten, in denen so manch ein Politiker Flüchtlinge als eine »Ladung Menschenfleisch« bezeichnet, ist eine distanziert-philosophische Betrachtungsweise fehl am Platz, da sie jene Menschen verhöhnt, die vor Krieg, Terror und Gewalt fliehen müssen. Sich ausschließlich diesen Menschen gewidmet, sich ihnen leibhaftig und empathisch genähert zu haben, ist Kosserts großer Verdienst. In seinem Buch kommen ihre Erfahrungen, ihre Perspektiven zum Tragen.

Aus all dem, was Zeitzeugen dem Autor erzählt haben, kristallisiert sich ein universales Erklärungsmuster heraus: Flüchtlinge halten »am kulturellen Erbe der alten Hei-

mat« fest; sie brauchen diese Zugehörigkeit, wenn sie von Fremden und Fremdem umgeben sind. Zahlreiche Abbildungen mit ausführlichen Bildunterschriften visualisieren ihre Not. Der Satz, der unter einem abgebildeten Schlüsselbund einer aus Spanien vertriebenen sephardischen Familie steht, trifft auf alle Menschen zu, die Ihre Heimat zwangsweise verlassen müssen - sie »schließen ihre Häuser ab und verwahren die Schlüssel gut, in der Hoffnung, dass sie doch einmal zurückkehren können.«

Jeder Mensch sehnt sich nach einem Leben in Freiheit. Paul Celan, an dessen 100. Geburtstag und 50. Todestag im Erscheinungsjahr von Kosserts Buch ebenfalls erinnert wurde, bannt diese Sehnsucht in eine Verszeile: »Erst jenseits der Kastanien ist die Welt.« Nicht wenige Flüchtlinge enttäuscht »die Welt«, in die sie geraten und die der aus Schlesien stammende Dichter Max Herrmann-Neiße als eine »Welt, die unser Leid nicht fasst« umschreibt. Die innere Zerrissenheit, die ein Leben fern der Heimat mit sich bringt, klingt auch in den »Zionsliedern« des jüdischen Gelehrten Jehuda Halevi an: »Mein Herz im Osten, und ich selber am westlichen Rand.« Nebst Zeitzeugenberichten zieht Kossert zahlreiche literarische Quellen heran.

Sein Buch erweist sich als eine wahre Fundgrube für Historiker wie Literaten. Zu hoffen bleibt, dass es von vielen Lehrern herangezogen wird, um Jugendlichen die »Menschheitsgeschichte« so nahezubringen, wie sie uns Kossert erschließt - als eine Begegnung zwischen Ich und Du, ohne die das Abstraktum »Menschheit« seinen Sinn verliert.

Ingeborg Szöllösi, KK Jan./Feb. 21

Andreas Kossert: Flucht. Eine Menschheitsgeschichte
Siedler Verlag; 3. Gebundene Ausgabe : 432 Seiten, 25,00 Euro, ISBN: 978-3-8275-0091-5

 ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Kataloge zu den Ausstellungen der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

KATALOGE | 10,-€ Stück

Die Gerufenen	<input type="checkbox"/>	Expl.
Erzwungene Wege	<input type="checkbox"/>	Expl.
Angkommen	<input type="checkbox"/>	Expl.
In Lagern	<input type="checkbox"/>	Expl.
Verschwundene Orte	<input type="checkbox"/>	Expl.

KATALOGSAMMLUNG | 35,-€ Stück Expl.

zzgl. Versandkosten

Rechnungs- & Lieferadresse

JETZT BESTELLEN

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN
Organisationsbüro | Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Tel.: 0228/81 007 30 | Fax: 0228/81 007 52
Konto: Deutsche Bank | IBAN: DE76 380 700 240 3171717 00 | BIC: DEUT DE 33080
www.z-g-v.de | info@z-g-v.de

Freiburg: Die Erschließung des Nachlasses Künzig / Werner-Künzig

Johannes Künzig wurde 1897 im nordbadischen Pülfringen bei Tauberbischofsheim geboren. Schon während seines Studiums nach dem Ersten Weltkrieg und später als Gymnasiallehrer und Universitäts-



Ehepaar Künzig mit Gewährsfrau



Johannes Künzig Institut

dozent beschäftigte er sich mit badischen Volksüberlieferungen. Seit den 1930er-Jahren rückte das „Deutschtum“ – so Künzigs Diktion – in Ostmittel- und Südosteuropa (zurückgehend auf sein Interesse an den deutschen Auswanderern aus dem Oberrheingebiet im 18. Jahrhundert) in seinen Fokus. Zwischen 1933 und 1945 richtete Kün-

zig seine Arbeiten an „volkstums- politischen“ Zielen aus.

Im Rahmen seiner Forschungen und zahlreicher Forschungsreisen ins östliche Europa bis in die 1970er-Jahre (z. B. 1939 in die Slowakei, 1942 in die Ukraine und 1969 nach Rumänien) entstanden umfangreiche Sammlungen; seit 1940 unterstützte ihn seine spätere Frau Waltraut Werner-Künzig bei seiner Arbeit. Besonders wichtig waren Künzig die Aufzeichnung mündlicher Überlieferungen, die Aufzeichnung von Volksliedern und -musik und die fotografische Dokumentation dazu; das entstandene Material bildete die Basis des Ton- und des Bildarchivs seines Instituts. Ab den 1960er-Jahren kamen auch Filmaufnahmen hinzu.

1951 gründete Künzig, ausgehend von seinen Forschungen aus der Vorkriegszeit, die „Zentralstelle für Volkskunde der Heimatvertriebenen“, um die Traditionen der Vertriebenen vor dem Vergessen zu bewahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte er seine Arbeit im Ausland fort und unternahm Forschungsreisen nach Jugoslawien, Rumänien und Ungarn. Auf diese Weise gelang es ihm, die beiden geographischen Forschungsräume, Baden und die deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa, zu verbinden. In den 1950er-Jahren veröffentlichte er verschiedene Arbeiten über deutsche Vertriebene und Aussiedler, die in Baden ansässig geworden waren.

Am Beispiel von Künzigs Forschungen zum alemannischen Brauch des „Scheibenschlagen“ etwa kann man die in den 1950er-Jahren unternommenen Verbindungen zu seinen Vorkriegsforschungen verdeutlichen. Die Bearbeitung dieses Themas hatte Künzig bereits in den 1920er-Jahren begonnen. In den 1930er- bis 1960er-Jahren erforschte er die „Bewahrung“ dieses Brauches bei alemannisch-schwäbischen Siedlern im östlichen Europa, beispielsweise in Hajós / Ungarn oder im Sathmargebiet / Rumänien. Der 1967 entstandene Film „Scheibenschlagen in Buchenbach“ wurde u. a. 1970 im Rahmen einer ethnographischen Filmschau in Szekszárd / Ungarn gezeigt. Neben Künzigs umfangreichen Sammlungen zur badischen und „ostdeutschen“ Volkskunde (die wichtigsten Themenbereiche sind Volkslied und Volksschauspiel, Sagen und Märchen, Mundarten, Trachten und Brauchtum) enthält der Nachlass, der in Teilen auch als Nachlass Waltraut Werner-Künzigs zu betrachten ist, verschiedene wissenschaftliche Arbeiten und Aufsätze, private Unterlagen und Korrespondenz (u. a. mit „Gewährsleuten“, Wissenschaftlern und Institutionen). Daneben beinhaltet er eine umfangreiche Sammlung an Literatur zu Künzigs Forschungsfeldern.

Eine besondere Schwierigkeit bei der Bearbeitung des Nachlasses, der nach dem Tod von Frau Werner-Künzig Ende 2012 im Jahre 2013 an das IVDE abgegeben wurde, ist die Tatsache, dass Künzig, in dessen Privathaus sich das Institut ursprünglich befunden hatte, auch sämtliche Unterlagen des Instituts und anderer Institutionen aufbewahrte. Soweit sich diese eindeutig zuordnen lassen, werden sie in die entsprechenden Archive des IVDE integriert. *K. Back, IVDE Freiburg – Schwerpunkte 2019/2020*

SKH Ferdinand Herzog von Württemberg

Zum Tod des Ehrenvorsitzenden des Heimatkreises Karlsruhe in Schlesien

Herzog Ferdinand wurde am 03.04.1925 als ältester von fünf Geschwistern im Familienschloss in Karlsruhe geboren. Als Sohn Herzogs Albrecht Eugen, der von 1921 bis zum Kriegsende 1945 Besitzer von Karlsruhe war, wäre er somit dessen Nachfolger im Besitz von Karlsruhe gewesen.

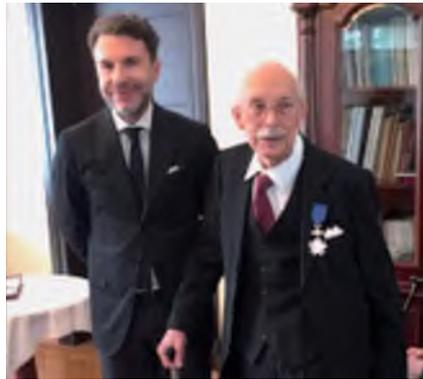
Da die Vertreter des Hochadels kein Vertrauen der Nazis genossen und sein Vater ein entschiedener und bekannter Nazigegner war, wurde Herzog Ferdinand 1944 zu schweren Waldarbeiten abkommandiert. Er musste hart schuften und schleppte über vier Monate Holzstämmen. Dies führte zu schweren Gesundheitsproblemen, an denen er bis zum Schluss litt. Schließlich wurde er deswegen von der Arbeitspflicht befreit. Er nahm 1946 nach Ablegung seines Abiturs das Studium der Forstwissenschaft an der Universität in Freiburg auf. Danach arbeitete er bis zur Pensionierung in Württemberg im Forstwesen, zuerst als Referent, danach schließlich als Forstdirektor.

Nach dem zweiten Weltkrieg verlor seine Familie alle Güter in Karlsruhe und Herzog Ferdinand hatte jahrzehntelang keine Möglichkeit, seine Heimat zu besuchen. Zum ersten Mal seit 1942 konnte er den im Krieg zerstörten Familienbesitz im Jahr 1984 sehen. Seitdem besuchte er Karlsruhe regelmäßig. Er hatte Kontakt mit der evangelischen und der katholischen Kirchengemeinde, mit der Gemeindeverwaltung und dem deutschen Freundschaftskreis sowie mit vielen Gemeindeeinwohnern, mit denen er befreundet war.

Im Jahr 1998 war er der wichtigste Gast bei den Feierlichkeiten anlässlich des 250. Gründungsjubiläums von Karlsruhe. Für sein Engagement zugunsten des Ortes und seinen authentischen Beitrag zur Versöhnung zwischen Deutschland und Polen verlieh ihm der Gemeinderat von

Karlsruhe einstimmig die Ehrenbürgerschaft.

1990 übernahm Herzog Ferdinand den Vorsitz des Karlsruher Heimatkreises von Fritz Woitas, der zuvor den Vorsitz von der Gründerin des Heimatkreises, Mia Goguel, übernommen hatte. Er war bis 1994 Vorsitzender, danach Ehrenvorsitzender des Vereins. Er hatte es sich in all den Jahren nicht nehmen lassen, nach Karlsruhe zu fahren und auch an den Heimattreffen teilzunehmen. Er war der Mittelpunkt des Heimat-



SKH Ferdinand Herzog von Württemberg (re.) mit Generalkonsul Marcin Krol

kreises und strahlte für die alten Karlsruher eine natürliche Autorität aus. Nicht hoch genug kann man seine gelebte Toleranz rühmen. Obwohl gläubiger Katholik, nahm er immer an den evangelischen Gottesdiensten in Karlsruhe teil und es ist unvergessen, wenn er diese manchmal von der herzoglichen Loge in der Sophienkirche verfolgte.

Ein großes Ereignis war nochmals die Verleihung des polnischen Verdienstordens an Herzog Ferdinand durch den polnischen Staatspräsidenten im Generalkonsulat München am 18.11.2016. Das abgebildete Foto zeigt den Herzog mit dem Generalkonsul Marcin Krol nach der Ordensübergabe. Es ist ein schönes Sinnbild für die deutsch-polnische Verständigung, für die Herzog Ferdinand immer eingetreten ist.

Er starb am 02.11.2020 in Friedrichshafen im Alter von 95 Jahren.

Detlev A. W. Maschler, Oliver Sperling, Karl-Heinz Hoffmann und Arnold Gerstenberger für den Heimatkreis Karlsruhe

Wen die Polen am meisten lieben

Laut der im Januar 2020 durchgeführten Umfrage des CBOS (polnischen Zentrums für öffentliche Meinungsforschung) „Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu anderen Nationen bezeichnen?“ lieben die Polen am meisten Tschechen (53 %) und Slowaken (52 %), aber auch Litauer (37 %), Deutsche (36 %) und Ukrainer (35 %): sie erfreuen sich einer ähnlichen Sympathie. Als nächste kommen Belarussen (31 %). Die Russen sind am wenigsten beliebt: nur 26 % der Befragten haben angekreuzt sie fänden diese Nation sympathisch und gar 42 % haben ihre Antipathie zu ihr geäußert.

Detaillierte Angaben enthält eine aktuelle Studie (Polen-Analysen Nr. 266 vom 1.12.2020), die vom Deutschen Polen-Institut in Darmstadt unter www.laender-analysen.de/polen verbreitet wird. Dort werden die gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und seinen Nachbarn geschildert, wobei nicht nur auf die Rolle der bilateralen Verträge, sondern auch auf die Politik der Gesten und Bilder in den Außenbeziehungen hingewiesen wird. Im deutsch-polnischen Zusammenhang erinnert der Autor dieser Studie Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, nicht nur an die wohlbekannten historischen Ereignisse, sondern zeigt auch die neueste Entwicklung.

Schlesien heute 1/2021

Wechsel in der Geschäftsführung der Kulturstiftung

Mit dem Eintritt in den Ruhestand von Dr. Ernst Gierlich, der durch Kuratoriumsbeschluss fortan Mitglied des Vorstandes der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ist, wurde Thomas Konhäuser zum 1. Februar 2020 die Geschäftsführung übertragen.

Dr. Gierlich hat in seiner über 30-jährigen Tätigkeit für die Kulturstiftung, von 1988 bis 1991 als Projektleiter, von 1991 bis 2000 als

tur und Medien, für die Kulturstiftung ein Konzept zur Ertüchtigung der eigenständigen und eigenverantwortlichen Kulturarbeit der Heimatvertriebenen gemäß § 96 BVFG und eng damit verbunden zur Stärkung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen erarbeitet, woraufhin Haushaltsmittel des Bundes mit Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre bis einschließlich 2024 bewilligt wurden.

weiterhin seinen Beitrag dazu leisten, nachhaltige Weichen zur Ertüchtigung der eigenständigen und eigenverantwortlichen Kulturarbeit der Heimatvertriebenen zu stellen.

Auch nach seinem Wechsel in den Vorstand arbeiten Dr. Ernst Gierlich und Thomas Konhäuser unverändert sehr eng zusammen, um die Neuausrichtung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen weiter voranzubringen.

Kulturstiftung aktuell
16. Dez. 2020 / Ausgabe 1



V.l. Scheidender Geschäftsführer Dr. Ernst Gierlich, Vorstandsvorsitzender Reinfried Vogler und neuer Geschäftsführer Thomas Konhäuser

wiss. Referent für Kunstgeschichte und Öffentlichkeitsarbeit und ab 2001 als Geschäftsführer nicht nur nachhaltig dazu beigetragen, dass sich die Kulturstiftung zu einer anerkannten internationalen wissenschaftlichen Forschungseinrichtung fortentwickelte, sondern auch, dass nach Wegfall der institutionellen Förderung Ende der 90er Jahre die erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit fortgeführt werden konnte. Dies verdient größten Dank und höchste Anerkennung.

Mit dem Wechsel in der Geschäftsführung von Dr. Ernst Gierlich hin zu Thomas Konhäuser geht auch eine von der BKM geförderte Neustrukturierung der Kulturstiftung, die auch die Schaffung zusätzlicher Mitarbeiterstellen beinhaltet, einher.

Herr Konhäuser hat im vergangenen Jahr, gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kul-

Vor seiner Tätigkeit bei der Kulturstiftung war Herr Konhäuser elf Jahre lang im Deutschen Bundestag Büroleiter des ehemaligen Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen, Herrn Parl. Staatssekretär a.D. und Bundesbeauftragten a.D. Hartmut Koschyk, wodurch er wertvolle berufliche Erfahrungen hinsichtlich der Belange der Heimatvertriebenen, aber auch der deutschen Minderheiten im östlichen Europa sammeln konnte und bestens zu diesen vernetzt ist.

Die Kulturstiftung begrüßt es sehr, dass Herr Konhäuser nach der erfolgreichen Erarbeitung des Förderkonzepts und der damit einhergehenden Bewilligung von Haushaltsmitteln des Bundes seine Arbeit als Geschäftsführer fortsetzt, um die Neustrukturierung der Kulturstiftung in diesem Jahr zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen und er

Marie Luise Kaschnitz-Preis 2021 geht an Iris Wolff

Der Marie Luise Kaschnitz-Preis für das Jahr 2021 geht an die aus Siebenbürgen stammende Autorin Iris Wolff. Das teilte die Evangelische Akademie Tutzing am Montag mit. Sie vergibt den mit 7500 Euro dotierten Preis seit 1984 alle zwei Jahre. Die in Freiburg lebende Wolff wird für ihr bisheriges Gesamtwerk von vier Romanen ausgezeichnet. Zur Begründung hieß es, Wolff gelinge es, „nicht nur versunkene, imaginäre Kapitel in der Geschichte deutschsprachiger Minderheiten im ehemals kommunistischen Rumänien vor dem Vergessen“ zu bewahren, sondern auch „das geradezu verschwörerische, abenteuerliche und märchenhafte Miteinander im Alltag der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben“ anhand von Familiengeschichten aufleben zu lassen“.

Die 1977 geborene Wolff erhält die Auszeichnung bei einer Literaturtagung im April 2021 in der Evangelischen Akademie Tutzing. Der seit 1984 verliehene Preis ist nach der Schriftstellerin Marie Luise Kaschnitz (1901-1974) benannt.

Rettet die deutsche Sprache vor dem Duden

Standardwerk auf Abwegen

Der gemeinnützige Verein Deutsche Sprache mit Sitz in Dortmund hat ein Vorhaben der Duden-Redaktion aufgedeckt, die ihr von den Kultusministern aufgezwungene Rechtschreibreform mit sprachpolizeilichen Maßnahmen weiter zu verschärfen.

Von wem der „Gender“-Zwang diesmal ausgeht, ist noch ungeklärt. Adressat des Angriffs ist das abstrahierende generische Maskulinum („jeder, der bleiben will“). Ob das generische Femininum („die Person“) und das generische Neutrum („das Opfer“), die sich ebenso auf alle drei Geschlechter beziehen, bleiben soll, ist ebenfalls noch unbekannt.

Sprachwissenschaftler rufen dazu auf, diesem erneuten Putschversuch gegen die deutsche Sprache entgegenzutreten. Dem folgenden Appell des Vereins Deutsche Sprache kann man sich anschließen und bei der Weiterverbreitung helfen.

Aufruf des VDS

Der Verein Deutsche Sprache fordert alle Freunde der deutschen Sprache auf, den aktuellen Bestrebungen der Dudenredaktion zu ei-

nem Umbau der deutschen Sprache entgegenzutreten. So wird auf den Internetseiten des Duden das in der deutschen Grammatik und im modernen Sprachgebrauch fest verankerte generische Maskulinum abgeschafft: „Mieter: Substantiv, maskulin – männliche Person, die etwas gemietet hat.“ Frauen könnten demnach keine Mieter sein.

Damit widerspricht der Duden nicht nur den Regeln der deutschen Grammatik, sondern auch dem Bundesgerichtshof, der im März 2018 letztinstanzlich festgehalten hat, daß mit der Bezeichnung „der Kunde“ Menschen jeglichen Geschlechts angesprochen seien. Die Beschwerde der Klägerin, die von ihrer Sparkasse mit „Kundin“ angesprochen werden wollte, wurde kürzlich vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen.

Mit seiner Ankündigung, mehr als 12000 Personen- und Berufsbezeichnungen mit weiblicher und männlicher Form in die Netz-Version des Werkes aufzunehmen, betreibt der Duden eine problematische Zwangs-Sexualisierung, die in der deutschen Sprache so nicht vorgesehen ist. Das biologische Geschlecht (Sexus) ist nicht mit dem grammatikalischen Geschlecht (Ge-

nus) gleichzusetzen. „Der Engel“ ist geschlechtslos, „der Scherzkeks“ kann auch eine Frau sein.

Noch absurder wird das Vorgehen bei der Betrachtung des Plurals: „Die Ärztekammer“ vertritt Ärztinnen und Ärzte gleichermaßen, ebenso wie das Finanzamt Geld vom „Steuerzahler“ einzieht – unabhängig vom Geschlecht. Wenn wir konkrete Personen ansprechen, sagen wir selbstverständlich „Ärztin“ oder „Lehrerin“.

Indem er diese Grundsätze mißachtet, ist der Duden auf dem Weg, seine Rolle als Standard-Referenzwerk für das Deutsche aufzugeben. Indem er Sprache nicht mehr nur widerspiegelt, sondern sie aktiv verändert, widerspricht er seinen eigenen Grundsätzen. Der VDS fordert deshalb den Duden auf, seine Sexualisierungspläne zu überdenken, in Zukunft sensibler und behutsamer mit der deutschen Sprache umzugehen, und sich auf seine ursprünglichen Ziele zu besinnen.

Im Internet <https://vds-ev.de/allgemein/aufrufe/rettet-die-deutsche-sprache-vor-dem-duden>.

Anschließend an die Liste der Erstunterzeichner findet man dort die Möglichkeit zur Unterzeichnung des Aufrufs.

Kirchenburgen in Siebenbürgen Renovierungsprojekte der EU

Für zwei große Renovierungsprojekte im Burzenland fiel Mitte Dezember 2020 der Startschuss. Die beiden Projekte an den Kirchenburgen in Zeiden und Wolkendorf erhalten EU-Förderung über das Regionale Operationelle Programm 2014-2020 des rumänischen Ministeriums für regionale Entwicklung. Ziel des Förderprogramms ist es, Baudenkmäler besser als touristische Sehenswürdigkeiten zu nutzen. Beide Kirchenburgen sind das jeweils bedeutendste historische Baudenkmal und damit Wahrzeichen in ihren Orten.



Evangelische Kirche in Zeiden

Landesverband Baden-Württemberg: Banater Volkstracht im rumänischen Generalkonsulat in Stuttgart Weltreise quer durch Stuttgart

Ende September organisierte das Justiz- und Europaministerium in Baden-Württemberg unter der Leitung von Minister Guido Wolf erstmals die „Lange Nacht der Konsulate“. Dieses Ereignis war eine zentrale Veranstaltung im Rahmen des Projekts „Europa in Baden-Württemberg“. Baden-Württemberg liegt nicht nur im Herzen Europas, sondern ist für viele Bürgerinnen und Bürger aus Europa und der ganzen Welt Heimat. Viele Institutionen bauen von der Landeshauptstadt Stuttgart aus Brücken in die Welt. Um diese Vielfalt der Nationen erlebbar und sichtbar zu machen, öffneten am 25. September die mitten in Stuttgart ansässigen sechs Generalkonsulate und 19 Honorarkonsulate, das Institut für Auslandsbeziehungen, das Europahaus und die Landeshauptstadt ihre Türen.

Minister Guido Wolf schaute persönlich im rumänischen Konsulat vorbei und war sehr angetan, vor allem, als er einen Kirchweihhut aus Sanktanna wiedererkannte. Einen solchen Hut hatte er bei einer Veranstaltung des BdV und der Landsmannschaft geschenkt bekommen.

Seitens des Landesvorstandes der Landsmannschaft der Banater Schwaben begrüßte Generalkonsul Florea den Landesvorsitzenden Richard S. Jäger, den Kulturreferenten Hans Vastag und die Ressortleiterin für Medien und Öffentlichkeitsarbeit Ines Szuck. Im Rahmen der Begegnung konnte der Landesvorsitzende der Banater Schwaben weitere zukünftige Projekte mit dem Generalkonsul besprechen.

Die gut besuchte Veranstaltung gab den zahlreichen Besuchern die Möglichkeit zu interkulturellen Begegnungen bei Tanz- und Musikdarbietungen, spannenden Vorträgen über Land und Leute und landestypischen Köstlichkeiten.

Gerade viele junge Menschen nutz-

ten die „Lange Nacht der Konsulate“ als Weltreise quer durch Stuttgart und erlebten die bunte Vielfalt der Kulturen in Baden-Württemberg. Ein Dank an den Vorsitzenden des Kreisverbandes Stuttgart und der HOG Hellburg Wilhelm Hack für die Bereitstellung der Banater Tracht wie auch an Ines Szuck für deren wirkungsvolle Präsentation im Konsulat.

*Banater Post
Nr. 22/2020*



Der rumänische Generalkonsul Radu Florea (Mitte) mit dem Landesvorsitzenden der Siebenbürger Sachsen Michael Konnerth und dem Landesvorsitzenden der Banater Schwaben Richard S. Jäger (von links)

Foto: LM Banater Schwaben

BUCH - NEUERSCHEINUNG

Joseph Sallanz: Dobrudscha – Deutsche zwischen Donau und Schwarzem Meer

Die historische Region zwischen dem Donaudelta und der bergigen Landschaft Ludogorie sowie der Donau und dem Schwarzen Meer gliedert sich heute als Folge der Grenzziehung von 1940 in die Norddobrudscha in Rumänien und die Süddobrudscha in Bulgarien. Bereits seit der Antike zogen Menschen durch die Steppen am Schwarzen Meer in Richtung Süden und hinterließen ein Gemisch an Sprachen, Konfessionen und Alltagskultur. Ab dem 7. Jahrhundert v. Chr. gründeten griechische Seefahrer an der Küste Handelskolonien wie Tomis, das heutige Konstanz, rumänisch Constanza. Hierher wurde der Dichter Ovid in den ersten beiden Jahrzehnten nach Christus verbannt, als die Dobrudscha unter römischer Herrschaft eine wirtschaftliche und kulturelle Blüte erlebte.

Noch während der osmanischen Herrschaft siedelten sich Mitte des 19. Jahrhunderts erste Deutsche

aus dem nördlich an die Donau grenzenden Bessarabien, aus den Gouvernements Cherson und Taurien, aus Polen, Wolhynien, Galizien und aus dem Kaukasus an – Gründe waren Landknappheit, der Verlust von Privilegien und eine verstärkte Russifizierungspolitik. Heute leben in der rumänischen Norddobrudscha neben rund 85 Prozent Rumänen auch Tataren, Bulgaren, Türken, Lipowaner, Ukrainer, Griechen, Deutsche sowie Roma und in der bulgarischen Süddobrudscha neben fast 70 Prozent Bulgaren hauptsächlich Türken, Tataren, Roma und Rumänen.

Josef Sallanz zeigt in seiner reich bebilderten Darstellung, welche Kulturtraditionen die Landschaft teilweise bis heute prägen.

Mit zahlr. farb. u. S.-W.-Abb., ausführl. Registern u. Karten 262 S., gebunden € [D] 19,80 / € [A] 20,40 ISBN 978-3-936168-73-0

Erhältlich über jede Buchhandlung.

Die Gegenwart von Flucht und Vertreibung

Vor 70 Jahren wurde in Remshalden im Kreis Waiblingen eine Ortsgruppe des BdV gegründet / Statt Jubiläums-Feierlichkeiten ist nun ein Buch erschienen

Remshalden. Die Opfer, Täter und Zeitzeugen der Nazi-Diktatur mit ihren Verbrechen im 2. Weltkrieg von Tulle bis Leningrad, der Shoah sowie der darauf folgenden Flucht und Vertreibung Millionen Deutscher aus ihren Heimatgebieten können schon bald nicht mehr befragt werden.

Wer diese - miteinander unvergleichbaren! - Zerstörungen und Schrecken als Kind noch halb bewusst erlebt hat, also um 1940 geboren wurde, ist heute schon über 80 Jahre alt. Die lebendige Erinnerung ist am Verschwinden. Der biografisch geprägte Blick auf die Vergangenheit wird historisch. Das könnte aber eine Chance sein.

Das weiß auch Bernd-Günter Barwitzki. Als Flüchtlingskind ist der 71-Jährige ein Nachgeborener, der die Vertreibungserfahrung seiner Eltern aus Schlesien sozusagen adoptiert hat. Seit 2002 ist der ehemalige Geschichtslehrer Vorsitzender des Ortsverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Remshalden. Als dessen Gründungstag gilt der Zusammenschluss Geradstettener und Grunbacher Vertriebenen - damals ausschließlich Männer - zu einem „Hilfsverband für Neubürger“ am 1. Mai 1950.

Nur mit Stimmen der Vertriebenen Baden-Württemberg ermöglicht

70 Jahre ist das nun her. Und das Jubiläum sollte gebührend gefeiert werden. Nicht zuletzt auch mit Zeitzeugen-Gesprächen in Remshaldener Schulklassen. Corona hat das verhindert. Stattdessen nun hat der BdV Remshalden ein 278 Seiten starkes Buch unter dem Titel „Recht auf Heimat - für alle“ vorgelegt.

Darin finden sich eine geschichtliche Einordnung von Flucht und Vertreibung, zahlreiche Dokumente und

Fotos, sowie bewegende Zeitzeugenberichte. Man könnte das als ein - vielleicht letztes? - Vermächtnis an die nächsten Generationen betrachten.

Vom Leid ist da die Rede. Aber auch vom Stolz, durch Fleiß und Tatkraft eine neue Heimat im neuen Bundesland Baden-Württemberg aufgebaut zu haben, das es so - welch Ironie der Geschichte - ohne die Stimmen der Vertriebenen bei der Volksabstimmung 1951 nicht gegeben hätte. Ein Reinhold Maier wusste das zu würdigen!



Der BdV-Orts- und Kreisvorsitzende Bernd-Günter Barwitzki vor den an die Vertreibung erinnernden Gedenktafeln am Turm der Kath. Kirche St. Elisabeth in Geradstetten-Süd Foto: Schneider

Trauma-Verarbeitung. Heimatlosigkeit. „Deutsche kamen damals nach Deutschland und wurden wie Fremde behandelt“, legt Barwitzki den Finger in die Wunde der nach der Kapitulation 1945 rasch zerfallenden nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“. Deutlich wurde nun, dass deren Kitt nicht aus Solidarität bestand, sondern, wie Hannah Arendt kühl konstatierte, aus einer Komplizität zwischen Volk und Führung, einer Bandenstruktur, die sich gemeinsam an den ermordeten Juden und überfallenen Völkern bereicherte.

Nun aber kursierten plötzlich Ausgrenzungsgedichte wie die im Buch abgedruckten Verse: „Flüchtlinge fressen sich dick und fett / und stehen uns das letzte Bett. / Wir verhun-

gern und leiden große Pein, / Herrgott, schick das Gesindel heim.“

Wenn man sich die Geschichten über die damaligen Glaubenskriege anhört, vor allem wenn es um evangelisch-katholische Hochzeiten ging: was für ein fürchterlicher Grusel! Was wurde damals erneut an christlichem Zusammenhalt zerstört! Ein Zeichen des Selbstbewusstseins der neuen Bürger waren denn auch die katholischen Kirchenneubauten in Grünbach- und Geradstetten-Süd! Architektonisch moderne Trutzburgen, mit denen sich die Alteingesessenen auseinandersetzen mussten. Und wieder eine Ironie der Geschichte: Je unwichtiger die Konfessionen wurden, desto besser gelang dann das Miteinander!

Ja, und natürlich war auch für die Alteingesessenen die Ankunft der Fremden, nun „Polacken“ genannten, eine riesige Herausforderung. Auf einmal waren bis zu einem Drittel der Bevölkerung in den Ortschaften Vertriebene und Flüchtlinge. Unbedingt lesenswert ist der in der Jubiläumsschrift dargestellte erbitterte Kampf um den damaligen Wohnraum.

Und da wären wir auch schon in der Gegenwart, in der jüngeren deutschen Geschichte. „Wir dürfen niemals vergessen, dass jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung, gleichgültig wo, wann und warum - immer menschenverachtende Verbrechen sind.“ So Barwitzki im Vorwort der Jubiläumsschrift. Und 50 Jahre nach dem Kniefall Willy Brandts am Ehrenmal der Toten des Warschauer Ghettos, bekennt auch Bernd-Günter Barwitzki in aller Klarheit: „Ursache der Vertreibung war die Nazi-Diktatur und deren Verbrechen.“ Aber, „unsere heutige Kultur ist in der Lage, den anderen die Hand zu reichen.“

Schorndorfer-Nachrichten
31.12.2020

Rückkehr ins Sehnsuchtsland

Vorwort von Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch

Seit langem warten wir auf eine umfassende Aufarbeitung und Darstellung der Eingliederung der Donauschwaben in die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Das Geschick und die Geschichte der donauschwäbischen Heimatvertriebenen stehen immer noch weitgehend im Schatten

der historischen Forschung und Darstellung. Mit seinem Werk „Die Eingliederung der Donauschwaben in die deutsche Nachkriegsgesellschaft“ greift Ingomar Senz ein wichtiges Kapitel unserer Nachkriegsgeschichte auf und arbeitet sie grundlegend auf.

Deutsche Politiker, Historiker und Journalisten sprechen gerne von der „rundum gelungenen Integration der Vertriebenen“. Wir haben selbstverständlich auch allen Grund, für die Aufnahme von uns Vertriebenen im kriegszerstörten Nachkriegsdeutschland und die damit verbundene Eingliederung dankbar zu sein. Doch Aufnahme und Bemühen um Eingliederung waren in oft harter Umgebung auch mit großer Mühe, mit vielen Problemen, mit Ablehnung und Abweisung verbunden. So spricht der Historiker Andreas Kosert durchaus mit Recht von einer „kalten Heimat“, in die Vertriebene oft kamen. Auch dies gehört zur ganzen Wahrheit.

Ingomar Senz geht den verschiedenen vielfältigen Schritten und Wegen nach, die sich aus der Aufnahme Vertriebenen ergaben und schließlich zu ihrer Eingliederung, ja bald darauf auch zu ihrer „Integration“ führten. Dass dies so möglich war, lag auch am Einsatz der Vertriebenen, die mit Gestaltungswillen und großem eigenem Engagement entscheidend zum Wiederaufbau und zum „deutschen Wirtschaftswunder“ beitrugen.

Ich bin meinem Landsmann Ingomar Senz äußerst dankbar, dass er als Selbstbetroffener und Zeitzeuge das in Vergessenheit geratende Thema der Eingliederung der Donau-

schwaben angeht und es in respektabler Gründlichkeit bearbeitet und darstellt. Er schließt mit dieser Veröffentlichung nicht nur eine große Lücke. Sein Werk ist auch notwendige Erinnerung an das respektable Ringen um Eingliederung und Anerkennung dessen, was engagierte Menschen damals im Bemühen um ein Miteinander und das Schaffen einer lebhaften Zukunft und einer neuen Heimat geleistet und schließlich auch erreicht haben.

*Freiburg im Breisgau,
im Oktober 2020
Dr. Robert Zollitsch
Erzbischof em.*

70. Wangener Gespräche

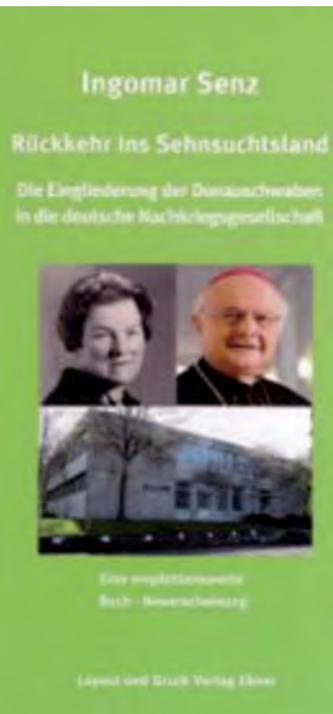
Zum ersten Mal im Rahmen der Baden-Württembergischen Literaturtage

Vom 22.-24. Oktober 2020 fanden die 70. Wangener Gespräche statt und standen, wie alle anderen Bereiche des Lebens, unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Dies hatte einige Veränderungen im Programm und - zum großen Bedauern aller Teilnehmender - die Absage der feierlichen Verleihung des Eichendorff-Literaturpreises zur Folge. Der diesjährige Preisträger, Erfolgsautor Sasa Stanisic, wurde nicht nur von den Tagungsbesuchern, sondern auch von einem interessierten Publikum aus der Region erwartet. Die Veranstaltung hätte in der ausverkauften Stadthalle stattfinden sollen. Nichtsdestotrotz wollen wir an dieser Stelle nicht dem nachtrauern, was nicht stattfand. Stattdessen geben wir Ihnen einen Einblick in eine Veranstaltung, die ganz nach Wangener Tradition Kunst, Kultur und Literatur aus und über Schlesien thematisierte und verdienter Literaten gedachte.

Die Eröffnung der Ausstellung „Kunst - Leben - Kunst oder die heil-

same Kraft der Erinnerung“ bildete den Auftakt der diesjährigen Gespräche. Johannes Rasim, erster Vorsitzender des Wangener Kreises, der „Gesellschaft für Literatur und Kunst des Ostens e. V.“ - so der volle Titel des Vereins, begrüßte die Anwesenden. Stefanie Kemper, die auch langjährig für die Organisation der Wangener Gespräche zuständig war, führte in das Werk der Künstlerin Ju Sobing ein. Sobings literarisches und gestalterisches Schaffen ist stark von der Auseinandersetzung mit der Erinnerung geprägt. „Wir sind das Damals nicht minder als das Heute“ - so die Künstlerin, die unter anderem durch ein Stipendium in Agnetendorf auf den Spuren ihrer familialen Vergangenheit wandeln konnte. Die gebürtige Brückenbergerin las aus ihren Werken „Nachtgesang“ (2016) und „Schattenrisse“ (2018). Dank der Übersetzung Dr. Jozef Zapruckis von der Universität Hirschberg liegt „Nachtgesang“ ebenfalls auf Polnisch vor.

Schlesischer Kulturspiegel 4/2020



Im Rückblick: Grundlegende Gedanken zur Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Im August 2020 vor 70 Jahren wurde in Stuttgart die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verabschiedet. Sie ist ein klares Bekenntnis zur Schaffung eines vereinten Europa, zur Verständigung zwischen den Staaten, den Völkern und Volksgruppen.

Am Anfang der Charta wird das Koordinatensystem genannt, der große Zusammenhang, in den alles hineingehört: im Bewusstsein. Vier Aspekte hebe ich hervor.

Verantwortung vor Gott und Menschen

So beginnt auch die Präambel des deutschen Grundgesetzes: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Ist dieser Ewigkeitsbezug heute überholt, kann er je überholt sein? Eine ganz andere Dimension wird hier benannt. Nicht Erfolg und Zustimmung, sondern das Wissen, dass wir Menschen Gott antworten, das heißt uns vor ihm verantworten müssen. Hitler und andere Diktatoren trennen diese unauflösliche Verbindung und behaupten: „Ich übernehme alle Verantwortung.“ Damit entmündigen sie alle und erniedrigen sie zu ihren Helfershelfern. Die Verantwortung vor Gott ist aber eine Verantwortung vor den Menschen und muss sich in Recht und Gesetz ausweisen.

Zugehörigkeit zum christlich- abendländischen Kulturkreis

Wir werden in der Charta daran erinnert, dass es keinen Bruch mit der Vergangenheit gibt. Das Neue im gemeinsamen Haus Europa darf nichts anderes sein oder werden. Jede Gesellschaft ist eine Wertegemein-

schaft. Ohne gemeinsame Werte fehlt die entscheidende Orientierung, ohne die es keine gemeinsame Existenz auf Dauer gibt. Der Einzelne lebt sträflich naiv, wenn er diese Zusammenhänge verkennt und nicht mehr respektiert, dass Werte eine religiöse Grundlage besitzen.

Bezug zur eigenen Nation

Und noch einen dritten Orientierungspunkt nennt die Charta: im Bewusstsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker. Der Bezug zur eigenen Nation ist verständlicherweise nach 1945 zutiefst ins Wanken geraten. Die Einsichten in die Verbrechen des Dritten Reiches waren entsetzlich, keiner wollte auf die eigene Nation stolz sein. Die Charta erinnert uns an das notwendige „Bewusstsein des deutschen Volkes“, gerade in der „Erkenntnis der gemeinsamen Aufgaben aller europäischen Völker“.

Ich spreche von der geistlichen Bedeutung der Charta, der Gottesbeziehung. Unser Bezug zur eigenen Nation greift vor diesem Hintergrund tief, weil er uns innerhalb der Völkergemeinschaft einen Platz zuweist. Wir sollen in der Gemeinschaft aller europäischen Völker als Deutsche leben, die Slowaken als Slowaken, die Ungarn als Ungarn. Diese Platzanweisung Gottes anzunehmen ist ein Glaubensschritt. Im Zentrum der Charta heißt es: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“. Wir müssen das Gedenken an das unendliche Leid lebendig erhalten, damit wir den einmaligen Hintergrund dieser tiefen Verzichts-erklärung begreifen. Natürlich ist es schwer, schreckliche Erinnerungen wach zu halten, ohne Hass aufkom-

men zu lassen. Aber diese Aufgabe ist unumgänglich!

Was sagt uns die Charta heute?

Einem geeinten Europa sind wir in 70 Jahren gewaltig nähergekommen. Die Völker Europas „können ohne Furcht und Zwang leben“, wie es die Charta benennt. Sie war der erste Entwurf für eine Verständigung zwischen den Staaten Europas, die erste Markierung einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Angesichts der notvollen Situation der Heimatvertriebenen ist dieses Ja zu einem übernationalen Miteinander bewundernswert.

Die Charta mit ihren geistlichen Einsichten gelten nicht nur für einen Tag oder für ein Jahrzehnt. Sie bestimmen den Weg in die Zukunft, sie ermutigen uns zum Handeln, neue Aufgaben anzufassen und mit Zuversicht die Gegenwart miteinander zu gestalten. Diese Einsichten setzen Wahrhaftigkeit voraus und die beginnt mit der Wahrhaftigkeit gegenüber sich selbst. Diese Einsichten setzen aber auch voraus, was uns die deutsche Jüdin und Politikerin Hannah Arendt ans Herz legt. Für sie ist der Sinn von Politik Freiheit. Freisein können wir aber nur in Bezug aufeinander, nicht auf uns selbst. Denn eine Handlung, die sich nur auf mich selbst bezieht, entbehrt jeglichem Bezug zum anderen Menschen und zur Welt. Erst im Miteinander-Handeln können wir frei sein.

Abschließende Betrachtung

Heute breiten sich Ellenbogenmentalität und soziale Kälte weiter aus und spalten die Gesell-

schaft. Weit verbreitet ist die Angst vor dem Anderen. Sozialpsychiatern sprechen von Menschen mit „Sozialphobie“ und weisen sogar auf eine sich entwickelnde „autistische Gesellschaft“ hin. Sie sehen in der autistischen Beziehungsstörung mit der ihr eigenen Gefühlskälte und Distanz zum anderen Menschen eine Gefahr für die Demokratie, für das Denken in Freiheit, für die Liebe zum Leben. Untersuchungen zeigen, dass die ökonomische Denkweise weiter schreitet. Die Welt wird

zur Ware. Kann hier noch echte Begegnung sein, die auf Vertrauen baut?

So wie das kleine Kind friedlich und glücklich lebt, seinen Entdeckergeist pflegt und der Welt vertraut, können wir von ihm lernen, dem anderen Menschen und der Welt mit Vertrauen zu begegnen und im Dialog mit der Welt zu sein.

Aus dieser Haltung erwächst die Verantwortung für den Anderen. Hier tut sich eine sinnerfüllte Welt auf, eine Welt des Friedens und der

Freude. Diese Welt lässt das ökonomische Denken hinter sich und pflegt eine Weltbeziehung, auf die uns die Charta hinweist: Sie wandelt mit Resilienz, mit geistiger Kraft das Leiden in ein Handeln, das heute auch auf gesellschaftliche Diskriminierung, Intoleranz und neonazistische Tendenzen antwortet. In diesem geistigen Kampf kann jeder seine Heimat finden – unabhängig vom Ort.

*Prof. Dr. Ferdinand Klein
Karpatenblatt 11/2020*

Reutlingen: 70 Jahre Landsmannschaft Schlesien Beeindruckendes Grußwort von OB Keck

75 Jahre nach Kriegsende kann die hiesige Ortsgruppe der Landsmannschaft Schlesien auf sieben prall gefüllte Jahrzehnte in der neuen schwäbischen Heimat zurückblicken. Was haben die „Reutlinger Schlesier“ in dieser Zeit nicht alles auf die Beine gestellt! Wenn ich nur an die Schlesischen Kulturtagedenke, die von 1953 bis 2014 in jedem Jahr mit einem reichhaltigen Programm aufwarteten - solch ein kontinuierliches Engagement ist einzigartig in der Bundesrepublik. Herzlich gratuliere ich allen Mitgliedern der Landsmannschaft zu ihrer 70 Jahre langen, erfolgreichen Arbeit in der Ortsgruppe Reutlingen!

Es war der aus Hirschberg stammende Hochschulprofessor Otto Klöden, der die Sache der Schlesier hier in Reutlingen in die Hand genommen hat. Auf seinen Zeitungsauftrag hin fanden sich 200 Landsleute am vorgeschlagenen Termin, dem 5. August 1950, in der Bundeshalle in der Kaiserstraße ein, um eine eigene Ortsgruppe zu gründen. Diese musste damals noch vom französischen Kulturoffizier genehmigt werden. Am selben Tag verkündeten in Stuttgart-Bad Cann-



statt die ostdeutschen Landsmannschaften in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ihren Verzicht auf Rache und Vergeltung. Und sie versprechen: „Wir werden durch harte, unermüdete Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas“.

Genau so kam es. Der wertvolle Beitrag der Vertriebenen am Wiederaufbau Deutschlands ist unstrittig. Längst leben wir im wiedervereinigten Haus Europa, dessen Zusammenhalt freilich nicht immer ganz ohne Gefährdung ist. Hier vor Ort danke ich den rührigen Schlesiern, dass sie sich so großartig eingebracht und den friedlichen Aufbau unserer demokratischen Gesellschaft mit befördert haben und es weiterhin tun.

Liebe Schlesier in Reutlingen, Sie sind ganz angekommen an der Achalm - und gleichzeitig bewahren sie auf so gute Weise das „unsichtbare Ge-

päck“, das ihnen auch Flucht und Vertreibung nicht nehmen konnte: Ihre Erinnerungen an ihre schlesische Heimat. Pflegen sie weiterhin Ihre schönen Traditionen und freuen sie sich an ihrem reichen schlesischen Kulturschatz. Großer Dank gebührt den beiden Vorsitzenden der Reutlinger Ortsgruppe Herrn Jürgen Knornn und Herrn Helmut Berger. Machen sie so weiter. Glück auf!

Ihr
Thomas Keck, Oberbürgermeister



Herausgeber:

Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften
Landesverband Baden-Württemberg e. V.
70176 Stuttgart, Schloßstr. 92, Tel. 07 11 / 62 52 77, Fax 61 01 62
E-Mail: zentrale@bdv-bw.de, www.bdv-bw.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Ulrich Klein

Erscheint vierteljährlich für die Mitglieder des BdV in Baden-Württemberg.
Die gezeichneten Artikel stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung der
Schriftleitung überein.

Redaktionsschluß:
7.2.2021**Bezugspreis:**
jährlich € 25,-**Gesamtherstellung:**
moreVision & friends
Lichtenbergstr. 5, 71642 Ludwigsburg, Tel. 0171 2130178

Absender: BdV, Landesverband Baden-Württemberg e. V.
Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart

Corona und kein Ende

Finanzielle Hilfen durch das Innenministerium

Mit dem Beginn der Corona-Pandemie wurde der BdV-Landesverband Baden-Württemberg, dessen BdV-Kreisverbände sowie die Landsmannschaften großen Herausforderungen ausgesetzt. Diese Herausforderungen gab und gibt es immer noch auf allen denkbaren Ebenen – Veranstaltungsmanagement, Verwaltung von Büros und Häusern, Mitgliederverlust und -erhalt, finanzielle Situation und vieles mehr. Und vor allem das Letztere hat uns allen die größten Sorgen bereitet. Wie überbrücken wir diese Lockdown-Monate und wie sichern wir das weitere Bestehen unserer Verbände?

Die Gespräche im vergangenen Jahr zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Abteilung 4 des Innenministeriums und der BdV-Landesgeschäftsstelle haben, um die coronabedingten Ausfälle wenigstens abzumildern, finanzielle Hilfen von Seiten des Innenministeriums bewirkt. Und so wurde am 6. August 2020 die „Richtlinie des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration über die Förderung von Vereinen in seinem Aufgabenbereich, die durch die Corona-Pandemie finanziell besonders betroffen sind“ veröffentlicht, die dem BdV-Landesverband, dessen Kreisverbänden und den Landsmannschaften die finanzielle Hilfe versprochen hat. In dieser ersten Corona-Hilfsprogramm-Runde hat der BdV-Landesverband dem Innenministerium den Gesamtbedarf von 101.572,27 Euro mitgeteilt.

Die meisten Landsmannschaften und deren Untergliederungen mussten im ersten Halbjahr auf Einnahmen wie Spenden, Eintrittsgelder, Einnahmen bei Veranstaltungen und sogar Mitgliedsbeiträgen verzichten; Ausfällen, die die Fortführung der Vereinstätigkeiten deutlich gefährden und zu Liquiditätsgpässen führen.

Am Ende des Jahres 2020, Anfang Dezember, als die Pandemie noch kein Ende gezeigt hat und der im März angefangene Lockdown fortgesetzt wurde, konnte durch intensive Gespräche unseres Landesgeschäftsführers Hartmut Liebscher und dem Innenministerium eine zweite Runde des Corona-Hilfsprogramms durch das Innenministerium aufgelegt werden. Auch hier, kein Wunder, wurden Einnahmeausfälle und Engpässe von insg. 85.250,49 Euro durch unsere Landsmannschaften und BdV-Kreisverbände gemeldet. Unsere Organisationen kommen mit dem Fortschreiten der Coronapandemie immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten. Viele Fixkosten laufen weiter. Dem gegenüber fehlen aber durch die Ausfälle vieler Maßnahmen die nötigen Einnahmen. Und die meist sowie so spärlichen Rücklagen sind aufgebraucht. Darum gilt dem Innenministerium mit seiner Abteilung 4 für das Erkennen und Handeln in dieser für alle zunehmend an die Existenz gehenden Situation unser aller Dank.

*H. Liebscher / L. Putane,
BdV-Landesgeschäftsstelle*

In ungelöster Spannung

„...und dazu braucht man doch auch viel Zeit für sich selbst. Ich finde, daß die ersten warmen Frühlingstage etwas an mir reißen; das wird Dir ähnlich gehen. Wenn die Natur wieder zu sich zurückfindet, aber das eigene Leben und die geschichtlichen Gemeinschaften, in denen wir leben, noch in ungelöster Spannung verharren, dann empfinden wir den Zwiespalt besonders stark; oder eigentlich ist es wohl garnichts anderes als Sehnsucht, und es ist vielleicht ganz gut, daß wir diese wieder einmal stark empfinden;...“

*Dietrich Bonhoeffer 1944 aus
dem Gefängnis an seine Verlobte*

Europa vermeidet die Frage des Christentums, weil sie stört, verunsichert und weil man sich einfach nicht mehr traut, sie zu erwähnen. Wir können 20 Jahrhunderte Geschichte nicht einfach auslöschen. Das Christentum ist gegenwärtig. Es zu verdrängen ist fatal. Doch solange wir Europäer uns dieser Frage nicht stellen, solange wir das Christentum nicht weiterdenken, bleibt Europa ein leeres Wort.

*Francois Jullian /
französischer Philosoph*

Würde man das Christentum Europa weg nehmen bliebe praktisch nichts übrig. Wir müssen wieder den Mut zur geistigen Konfrontation aufbringen. Es ist nicht mehr vertretbar, in der Ecke zu stehen und anderen das geistige Schlachtfeld zu überlassen.

Otto von Habsburg